

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mf. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitzeile 40 Pfsg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Pflichten.

IX.

Nicht Reichtum, noch Ansehen, noch Alter vermögen rechtmäßig die Pflichten gegen uns und unsere Mitmenschen in ihren vielgestaltigen Formen aufzuheben. Wenn wir durch freie Willenzustimmung die Fesseln der Pflichten auch lockern und dadurch das Müssten erträglich machen, so bleiben Fesseln doch Fesseln, die wir durch unser Leben mitschleppen. Und es kommen Zeiten, wo sie uns mit ihrer belasteten Last fast zu Boden drücken. Mit Recht fragt der denkende Mensch nach der Berechtigung der Pflichten ohne Zahl und nach ihrem endgültigen Zweck.

Alle Erklärungsversuche für den „Sinn des Lebens und seiner Pflichten“ lassen fast und unbedingt, außer dem Glauben an einen allwährenden Gott, der die Menschheit zu seiner Ehre und zu ihrem Heile ins Dasein gerufen hat. Er hat den göttlichen Teil der Menschheit an einen Körper aus Erde und an eine Welt der Schwere und der Vergänglichkeit unter Donner und Blitz mit zehnsachen Banden gebunden. Der absolut freie und ewige Schöpfer stellte seines vernünftigen Geschöpfen die hohe Aufgabe im ständigen Kampfe ihres geistigen Ichs mit der Neigung zur Erde, zur Sinnlichkeit zur Trägheit stark und frei zu werden. Sie selbst sollen die Fesseln der Pflichten lösen — nicht, indem sie sich in aufschließendem Troze von der Gottheit losreißen und sich der eigenen Willkür überlassen, sondern dadurch, daß sie ihr klarem Erkennen und freudigem Wollen mit ihrem Leben und Wirken dienen, um dann in der Todesstunde, im letzten großen Kampfe die Fesseln zu sprengen. Erst der vollständige Sieg des Geistes über den Stoff macht Menschen würdig zu einem vollendeten geistigen Leben in der Ewigkeit. Dort haben die Pflichten der Dienstbarkeit ein Ende, dort beginnt die Freiheit und Freude der Kindschaft Gottes.

— m.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Es ist für den Chronisten, der die wirtschaftliche Entwicklung in der Gegenwart zu schildern hat, eine angenehme Aufgabe, konstaieren zu dürfen, daß sie eine durchweg steigende Tendenz verfolgt. Dies geht mit aus den Erfüllungen hervor, die die bedeutenden Eisenbahnen im Februar dieses Jahres abgeworfen haben. Der Güterverkehr ist gestiegen sowohl gegen den Monat dieses als auch gegen den gleichen Monat des Vorjahrs. Gegen diesen betrug die Steigerung der Einnahmen 8,35%. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr betrugen im Januar 149,51 Millionen Mark, im Februar 150,07 Millionen Mark. Auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr weisen eine Steigerung auf; aber nur gegen den gleichen Monat des Vorjahrs und zwar 2,95%. Sie betrugen im Januar 57,51 Millionen Mark, im Februar 50,89 Millionen Mark.

Ein eben solcher Gradmesser für den Stand des Wirtschaftslebens wie der Güterverkehr der Eisenbahnen bietet speziell für die Lage der Metallindustrie die Kohlenförderung. Da stellen sich uns zwei entgegengesetzte Erhebungen dar. Die Förderung des rheinisch-westfälischen Kohlenverbundes gibt ein günstigeres Bild als die Gesamtförderung. Die Förderung des Kohlenverbundes betrug im Januar d. J. 6.831.632 T. Die arbeitsstetigkeitsförderung betrug im Januar 294.367 T., im Februar 295.422 T., weist also eine Steigerung von 0,36% auf. Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands allerdings ist im Monat Februar gegen den Januar zurückgegangen. Sie betrug im Februar 12,67 Mill. T., im Januar 13,53 Mill. T. Gegen den gleichen Monat des Vorjahrs, in dem ebenfalls ein Rückgang gegen den Januar aufzuweisen ist, ergibt sie eine Verminderung von 0,95 Mill. T. Der erwähnte Rückgang ist in erster Linie auf die

kleinere Anzahl von Arbeitstagen im Februar zurückzuführen, läßt also keine ungünstigen Schlüsse auf unsere Wirtschaftsgebahrung zu.

Dies beweisen hinreichend die Zahlen, die uns aus dem Eisenhandel im Februar vorliegen. Danach hat sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr eine erhebliche Steigerung erfahren. Die erste betrug im Januar d. J. 42.034 T., im Februar dagegen 45.471. Im Januar 1910 wurden eingeschürt 39.919 T., im Februar 41.347 T. Die Ausfuhr stieg im Januar 1911 auf 395.966 T., im Februar auf 404.117 T. Die letztere Zahl bedeutet eine Steigerung gegen die des Vorjahrs um 55.124 T. Jeder, der nur einigermaßen die Bedeutung der Ausfuhr für unsere Eisenindustrie kennt, muß diese Entwicklung begrüßen. Ich habe an dieser Stelle schon öfter auf eine drohende Überproduktion hingewiesen — nicht ohne Grund, denn unsere Werke sind trotz der großen Nachfrage in Deutschland weit mehr zu produzieren imstande, als diese verlangt. Hätten wir im Ausland keinen so bedeutenden Abnehmer, so könnten die in Betracht kommenden Werte lange nicht ihre volle Leistungsfähigkeit ausspielen.

Die Ausfuhr in Roheisen hat gegen den gleichen Monat des letzten Jahres um die immerhin stattliche Summe von 10.275 T. nachgelassen. Darin ist weiter nichts Auffälliges, der Rückgang im Februar ist eine wiederkehrende Erfahrung; im Januar betrug die Ausfuhr 116.861 T. Auf die Lage des Roheisenmarktes dürfte wegen des Rückgangs der Ausfuhr schon ganz keine Schlüsse ziehen. Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt wird allerdings gemeldet, daß die Nachfrage ziemlich ruhig ist. Dies liegt aber daran, daß die Abnehmer sich auf längere Zeit hinaus mit Roheisen versorgt haben. Recht günstig lauten dagegen die Nachrichten von dem oberfränkischen Eisenmarkt. Die Produktion steigt bei gutem Absatz fortwährend, ohne daß große Lagerbestände aufgehäuft werden müssen. An den Preisen für Rohrteile sind sie wegen des hohen Standes der Erzpreise nicht sehr günstig. Wie die Kölnische Volkzeitung erfährt, soll auf der am 24. stattfindenden Hauptversammlung des Rohrteileverbandes ein Antrag auf Erhöhung der Roheisenpreise Ausicht auf Erfolg haben. Die straffe Syndizierung der Rohrindustrie, die eine günstige Preisbildung leicht gestattet, soll übrigens weitere Fortschritte machen. Es schwaben Verhandlungen zwischen dem Essener Rohrindustrieverband und Werken des Siegerlandes zwecks Anschluß dieser.

Auffallend ist die starke Ausfuhr von Stabeisen. Diese betrug im Februar 1910 37.301 T., im Februar 1911 dagegen 54.680 T. Die Ausfuhr im Januar und Februar 1910 zusammen stellte sich auf 74.781 T., 1911 auf 106.822 T. Das neue Jahr hat also ein Mehr von 32.038 T. aufzuweisen; wir gehen nicht fehl, wenn wir diese Erhöhung auf die ungünstige Lage des Stab-eisenmarktes im Auslande zurückführen. Ist die Nachfrage auch groß, so ist eben die Leistungsfähigkeit der Werke noch bedeutend größer. Die Lage insbesondere der reinen Werke ist gewiß keine rosige. So lange die Konvention noch besteht, könnten sich die Produzenten am Auslande für den niedrigen Auslandspreis schadlos halten. Dies ist mit der Auflösung unmöglich geworden; die Werke unterbieten sich und ein weiterer Preisrückgang ist trotz des gegenwärtigen Tiefstandes kaum ausbleiblich. Die Preisbildung ist schon lang eine heiße Frage auf dem Stabeisenmarkt und sie hat dann schließlich auch die Auflösung der Konvention zur Folge gehabt. Obgleich die von dieser festgesetzten Preise schon lange nicht mehr eingehalten wurden, verlangte bei den Verhandlungen über den Fortbestand doch ein Teil der Werke, daß ein Minimalkurs als bindend festgesetzt werde; der Widerstand anderer, insbesondere des Eisenwerkes Höchstädt, die Auflösung zur Folge. Einige größere Produzenten sollen

sich übrigens bereits schon wieder zu einer neuen Konvention zusammen geschlossen haben.

In Oberfranken ist der Markt in Grobblechen ziemlich ruhig, wenn schon die Preise befriedigend sind; im Rheinland dagegen sind die Werke gut beschäftigt. Hier hat sich übrigens die Grobblechvereinigung bis auf Ende des Jahres verlängert und es ist Aussicht vorhanden, sie in die Form eines festen Syndikats zu bringen.

Gegenwärtig lauten die Berichte über das Träger- und Formeisenengeschäft. Während in Oberfranken die Aufträge so zahlreich eilaufen, daß die Lieferfristen immer weiter hinausgeschoben werden müssen, liegt auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt das Geschäft ruhig. Doch zeigen die Biffern des Stahlwerksverbandes im Februar immerhin eine Aufwärtsbewegung gegen den Januar. Der Verband am Formeisen betrug im Januar 103.170 T., im Februar 125.861 T. Trotz der Steigerung ist die Höhe des Verbandes im Februar 1910 noch nicht erreicht, wo er 144.167 T. betrug. Man hofft, daß die nunmehr stärker einzuhaltende Wautätigkeit eine Belebung des Geschäfts bringt. Recht günstig liegt zur Zeit der Markt in Feinblechen, die Aufträge sind zahlreich, die Preise fest. Der Röhrenmarkt, der ja seit der Auflösung der Röhrenindustrie schwer darzulegen ist, zeigt immer noch keine Verbesserung. Hwar sind die einzelnen Werke gut, zum Teil sehr gut beschäftigt, doch sind die Preise derart, daß von einem Verdienst vielleicht keine Rede mehr sein kann. Dies trifft sowohl für Gas-, Siede-, als auch für Kesselröhren zu.

Die Maschinenfabriken sind mit Aufträgen reichlich versorgt. Das Aufsehen hat der Abschluß der Lübecker Maschinenbauanstalt Lübeck erregt. Dieses Institut bietet ein Musterbeispiel dafür, weshalb rückhaltlose Dividenden jährlich und sicher eingebracht müssen. Während vor 2 Jahren 20%, im letzten Jahre 12% Dividende verteilt werden konnten, schließt die Bilanz dieses Jahres mit einem tatsächlichen Verlust von 189.940 Mf. ab. Schon gegen Ende letzten Jahres wußte man, daß nicht alles war, wie es sein sollte, ganz plötzlich sank der Kurs der Aktien um 50%! Daß es allerdings so schlimm stünde, glaubte man nicht. Der Geschäftsbereich betont im übrigen, daß der Auftragbestand im neuen Jahr bei befriedigenden Preisen durchaus normal sei.

Sehr pessimistisch lauten die Nachrichten aus der deutschen Kesselfabrik. Nachdem eine Preisbereinigung mit Kontingentierung des Absatzes geplant war, ist beides endgültig gescheitert. Die Lage ist ernst, denn die Preise sind seit Auflösung des Verbandes deutscher Wasserröhrenfabriken in Köln stark zurückgegangen.

Vor noch nicht allzu langer Zeit mußten wir an dieser Stelle das Verhältnis des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Pforzheim beurteilen. Es scheint fast, als ob die Genossen an dieser Lehre noch nicht genug hätten. Wie dort, so gehen auch in Chemnitz die Herren im folzen Bewußtsein ihrer „Kraft“ vor, ohne natürlich Führung mit den nicht sozialdemokratischen Arbeitern gewonnen zu haben. Daß ein solches Vorhaben in Anbetracht der Lage ein schmälerlicher Vertrag an den Arbeitersinteressen ist, das kümmert sie wenig. Das Vorgehen der Freien hatte bereits die „Auspeirung von ca. 10.000 Arbeitern zur Folge; weitere 10.000 sollen in Bälde daran kommen. Wir wollen keineswegs die Rechtfertigung der Forderung erhöhter Löhne bestreiten — aber das verlangt das primitivste Gerechtigkeitsgefühl, daß Arbeitern, die mitleiden müssen, auch ein Beschleunigungsrecht eingeräumt wird. Im übrigen lehnen wir es ab, uns ohne weiteres mit den Forderungen roter Verbändler einverstanden zu erklären; Bestrigia terret! wir wissen noch lange nicht, ob es sich um Scheinmanöver zu agitatorischen Zwecken der roten Partei oder um im Interesse der Arbeiterschaft

siegende — der tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende — Forderungen handelt. Es ist keine unbegründete Vermutung, daß die freien Gewerkschaften Forderungen einreichen, die im Grunde die Basis für Verhandlungen nicht abgeben können. Eine ungeheure Freiheit wäre es, die gesamte Metallarbeiterchaft einer Aussperzung — und eine solche liegt sehr im Bereich der Möglichkeit — nur um parteipolitischen Zwecken zu dienen, auszusehen. Trautig, daß wir die Möglichkeit eines solchen Vorhabens annehmen müssen; noch trauriger aber, daß sich so viele Arbeiter von dem Phrasenhelden mitnehmen lassen und dadurch in Wirklichkeit Interessen ihres Standes auf das schwerste schädigen.

Die Doppelmoral der Sozialdemokratie bei Streikprozessen.

Die geräuschvolle Entrüstung und theatralische Schau getragene Empörung der sozialdemokratischen Presse über das Urteil im Kölner Deutzer Landfriedensbruchprozeß, zwingt geradezu zu einem Vergleich mit dem Verhalten derselben sozialdemokratischen Presse bei anderen Streikprozessen, wo keine Sozialdemokraten, sondern christliche Arbeiter in Frage kamen. Für die Freiheit und Zwiespältigkeit der sozialdemokratischen Agitation ist eine derartige Parallelie mit dem Streikprozeß von Badisch-Hofenfelden, Ende 1909, besonders charakteristisch. Bei einem Streik der Aluminiumarbeiter war es dort am 13. August 1909 zu Erzeugen gekommen, bei denen einer der Streikenden von Seiten der Arbeitswütigen erschossen, mehrere andere schwer verwundet wurden. Gegen 21 Personen — worunter nur einige Streikende — wurde Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Vom Landgericht Waldshut in Baden wurden 20 Angeklagte am 23. Dezember 1909 zu Geisstrafen von 6 Wochen bis 1 Jahr 2 Monaten verurteilt. Der Staatsanwalt gab sich vor und während des Prozesses die erdenklichste Mühe, dem Streikleiter, einem Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes, als Ankläger und Rädelsführer eine Schuld nachzuweisen, aber ohne Erfolg, denn einstimmig lauteten alle Zeugenaussagen: Der Beamte hat stets zur Ruhe und Besonnenheit gehandelt. — So kurz der Tatbestand.

Und wie behahm sich nun in diesem Falle die sozialdemokratische Presse? Hat sie, wie jetzt in Köln, über ein „Schiedensurteil“ geklagt, von einem „Bluturteil“, von einem „Klassenurteil“ gegen die Arbeiterbewegung geredet, wie sie es jetzt tut?

Seine Stur davon, das gerade Gegenteil!

Beim Kölner Landfriedensbruchprozeß hat sich die Sozialdemokratie sowohl erniedrigt, der Streikleiter als Helfershelfer und dem Staatsanwalt als Glorre gegen eigene Standesgenossen zu dienen, weil es ihr parteipolitisch und gewerkschaftlich in den Agitationstreit passte. Stellen wir nebeneinander:

In Kneifeldern kommt dem christlichen Streikleiter nicht das gerechte nachgewiesen werden. — In Köln ist dem sozialdemokratischen Streikleiter von eigenen Verbandsmitgliedern die Anstiftung zum Straßwall vor Gericht zur Last gelegt.

In Kneifeldern hat die sozialdemokratische Presse den Streikleiter trotzdem als den Heizer, Austrüher, Anführer der bedauerlichen Auszehrungen denunziert. Mit der inszenierten Verdächtigung, er habe „vor dem Straßwall mit dem Feuer gespielt“ (Karlsruher Volksfreund 20.8.1909 und Mannheimer Volksstimme 21.8.1909), wurde ihm der Staatsanwalt buchstäblich auf den Hals gehetzt — Im Kölner Prozeß hing die tote Presse aber über das „Bluturteil“, das über den „vollständig unschuldigen“ Fröhlich verhängt worden sei.

Zest — nach dem Kölner Urteil — werden Staatsanwalt und Geschworene als besangen in ihren Standesvorurteilen heruntergemadet; — beim Waldshuter Prozeß dagegen wurde der Staatsanwalt in der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ öffentlich belohnt; keine Art Übertriebungen und Abneigung gegen die Arbeiterbewegung geplante Anklageteile wurde in fast allen sozialdemokratischen Blättern als Beweismaterial gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung abgedruckt.

Im Kölner Prozeß wurde ertragen, daß der Streikleiter Fröhlich während der verhängnisvollen Zeit des Zusammenbrüches seelenruhig in einer beschworenen Restauration hinter dem Pferd grüßen hat. Darüber findet man in der roten Presse kein Wort der Gnade. Beim Kneifelder Straßwall wurde der fröhliche Streikleiter jedoch von der ganzen sozialdemokratischen Presse als „elender Freigänger“, als „Scherer“ usw. bezeichnet, der die Arbeiter in der Stunde des Gefahrens verläßt und seine eigene Saison in Sicherheit gebracht habe. Dabei hatte der christliche Streikleiter nur am Schluß einer Versammlung, wo alles ruhig war, wie selbst der Gendarmeriewachtmeister vor Gericht feststellen mußte, schamlos sein Sicheres zum Sicherheitsloch aufgezückt, während Fröhlich als Wächter an der Spitze des tumults dem Feuer seiner Zunft ließ.

Das wäre eigentlich schon genug des grausamen Erziehs, um die baderliche Unrechtlichkeit, Demagogie und die sprudelnde Doppelmoral der Sozialdemokratie an den Schandenplatz zu hetzen. Ein Genau-

bildchen aus jedem Prozeß sei der Vollständigkeit halber aber noch hinzugefügt.

In der Kölner Schwurgerichtsverhandlung hat ein christlicher Gewerkschaftsbeamter als Zeuge kein Wort ausgesagt, das dem Angeklagten Fröhlich im geringsten nachteilig gewesen wäre, im Gegenteil hat er seinem — sonst in der Agitation recht gehässigen — Gegner ein gutes Leumundszeugnis ausgestellt, ohne jedwedes Vorurteil. — Im Waldshuter Prozeß applaudierte der im Zuhörerraum befindliche Bezirksleiter Wohlzöller vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die heftigsten Aussfälle und weitgehendsten Aussfälle des Staatsanwalts mit „ehrlich“, brachte sogar eine erhöhte Anerkennung des christlichen Streikleiters sofort zu Papier und ließ den Denunziantenzettel durch Mittelpersonen dem Staatsanwalt in die Hände spielen, um den christlichen Gewerkschaftsbeamten an den Galgen zu bringen. Allerdings war auch dieser Judasstreit erfolglos.

Diese Nebeneinanderstellungen bedürfen keiner längeren Erörterungen und Schlusfolgerungen. Sie wären für sich selbst. Die abgründige Unchristlichkeit der sozialdemokratischen Agitation tritt hier handgreiflich in den Vordergrund. Das Innere eines jeden ehrlichen gerade denkenden Menschen baut sich auf ob dieser verruchten Doppelmoral, mit der die Sozialdemokratie ihre Gegner bekämpft. Durch dieses verwerfliche, intime Spiel wird es der christlichen Arbeiterschaft schließlich noch vollständig unmöglich gemacht, in den Sozialdemokraten Staudegenossen zu erblicken. So wird durch die Hezarbeit und Doppelmoral der Sozialdemokratie nicht nur die Arbeiterschaft als solche aufs schwerste misskreditiert, sondern auch der Reich immer tiefer in die deutsche Arbeiterschaft hineingetrieben, zu ihrem unberedebaren Schaden. Kein Mensch arbeitet den Volkes, dein Name ist Sozialdemokratie!?

Zur Berufswahl der Schulenklassen.

Es ist ein außerordentlich bedeutungsvoller Schritt, den in diesen Tagen viele Schulenklassen Jungen und Mädchen bewirken, deren Eltern und Vorfahren zu tun haben, nämlich sich zu entscheiden, welchen Beruf das Kind ergreifen soll und damit zur Grundlage für sein späteres wirtschaftliches Fortkommen und das ganze künftige Leben machen will. Soll diese Wahl eine glückliche werden, soll der gewählte Beruf der „richtige“ sein, dann muß eine Reihe wichtiger Gebote berücksichtigt werden.

Vorangesetzt sei die Forderung, daß in erster Linie ein gelernter Beruf gewählt werden soll, worunter wir einen solchen verstehen, der eine gewisse Lehrzeit, sei es nun in einem Handwerk oder auch in einem Großbetrieb, voraussetzt. Dieses Gebot gilt in gleicher Weise für Knaben wie für Mädchen. Ein ungelerner Beruf (Ausläufer, Platzarbeiter usw.) sollte nur ausnahmsweise ergriffen werden, und zwar dann, wenn die Umstände (mäßliche Familiensituation und daher Notwendigkeit des Mitverdienens) das unabdingt geboten erscheinen lassen.

Niemals lasse man lediglich die Neigung zu einem Berufe für die Wahl ausschlaggebend sein. Gewiß spielt diese im Hinblick auf die Berufsfreudigkeit eine große Rolle. Sehr wesentlich ist vielmehr auch die Berufsfreudigkeit der wirtschaftlichen Aussichten, die ein Beruf bietet. Im Laufe der Zeit haben manche Berufe ihre Bedeutung aufgegeben bzw. ihr Gebiet an die Großbetriebe abgegeben müssen. Dafür sind andere wieder aufgekommen, die auch für absehbare Zeit noch eine gute Zukunft zu haben scheinen. Man prüfe daher zum Beispiel an der Hand eines Wegweisers zur Berufswahl die Aussichten, die die einzelnen Berufe bieten. Manche Entwicklung wird dann erspart bleiben.

Nicht minder wichtig ist die Prüfung der geistigen und körperlichen Eigenenschaften, die der einzelne Beruf erfordert. In erster Beziehung bedenke man nur, eine wie große Rolle z. B. das Zeichnen und die Verarbeitung dazu in den verschiedenen Berufen spielt. Und jeder einzelne Beruf stellt an den Körper, seine Organe und seine Forderungsähnlichkeit besondere Anforderungen. Gerade in diesem Punkte wird manchmal gesündigt. Es empfiehlt sich deshalb, nötigenfalls auch den Arzt zu Rate zu ziehen. Und man bedenke wohl, wieviel Umständlichkeiten ein späterer Berufswechsel infolge einer verfehlten Wahl mit sich bringt, abzuziehen von den Fällen, wo er zu den sogenannten Berufskrankheiten und öfters dauerndem Siechtum führt.

Bis vor kurzem wurde und auch heute noch wird vielleicht unterstellt, welche Zukunft das Handwerk bietet. Gewiß ist dessen Lage auch heute noch durchaus keine allgemein rosige; aber gegenüber früher ist doch eine gewaltige Besserung eingetreten, und die Aussichten in den wirklich ertragfähigen Handwerkszweigen sind durchaus nicht ungünstig. Eins muß jedoch derjenige, welcher ein Handwerk sich zum Beruf wählt, sich fest vornehmen, nämlich alle seine Kräfte daran zu setzen, um etwas Erfülltes in seinem Fach zu lernen und später leisten zu können. Ferner ist zu beachten, daß zum Selbständigen werden heute immerhin ein kleines Kapital gehört, was früher in dem Umfang nicht der Fall war. Im übrigen verlangt aber auch unsere Industrie in fortwährendem Maße gelehrte Arbeitkräfte.

Ist nun der Beruf gewählt, dann gilt es einen tüchtigen Lehrmeister zu finden. Man wende sich zu diesem Beruf an die Innungsmeister, Arbeitsschulmeister, Lehrer für Lehrerweiterbildung; dort wird man die Namen solcher Lehrer erfragten können. Man besuche fleißig die Fortbildungsschule; bilde sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch gründlich aus, um später die durch das Gesetz eingeführten Prüfungen für den Beruf zu bestehen und sie zu lösen. Warentischlich die letzte ist für den angehenden Handwerker sehr wichtig, jenseits von dem, was der Beruf selbst das Recht zur Führung des Meisterstitels und ferner der Anleitung von Lehrlingen abhängig ist. Der berufsmäßige junge Handwerker wird sicherlich auch

den Anschluß an seinen Standesverein und an den französischen Anschluß an die christliche Gewerkschaft seines Berufes nicht versäumen.

Nur einige Punkte haben wir hier ansführen können der Beachtung bei der Wahl des Berufes dringend zu empfehlen ist. Eine ausführlichere Orientierung in dieser Frage bietet eine soeben im Volksvereinsberatung in Mönchengladbach erschienene Schrift von Dr. Altenath: „Berufswahl und Lehrerweiterbildung“ betitelt. Das Leben in seiner Mannigfaltigkeit wird aber auch viele Fälle machen, in denen noch eingehender zu räumen und zu prüfen sein wird. Man wende sich da an den Geistlichen, Lehrer, sachverständige Arbeitgeber und andere Personen, denen man sein Vertrauen schenkt. Gerade bei der Berufswahl ist Vorsicht besser wie Nachlässigkeit!

Ein Vierteljahrhundert deutschen Außenhandels.

Die Tatsache, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten ein gewaltiges Industrieland geworden ist, daß die Bevölkerung außerordentlich stark zugenommen hat und auch, daß in den Volksmassen die Kulturbedürfnisse gestiegen sind, muß naturgemäß auch im Außenhandel Deutschlands, in der Einführung und in der Ausfuhr zum Ausdruck kommen. Die Ausfuhr muß sich steigern, weil in der Exportindustrie immer mehr Menschen beschäftigt werden, die Einführung muß sich steigern, weil die vermehrte Bevölkerung mehr Nahrungsmittel, Rohstoffe und ausländische Fabrikate braucht. Und so sehen wir deum auch in den letzten 25 Jahren, nur von einzelnen Krisenperioden unterbrochen, ein fortwährendes Steigen der Ziffern des deutschen Außenhandels. Im Jahre 1886 stellte sich die Einführung im Gesamthandel Deutschlands auf 3094,3 Millionen Mark und die Ausfuhr einen Wert von 3193,3 Millionen. Der gesamte Außenhandel stellte sich auf 6287,8 Millionen Mark. In einer leicht ansteigenden Linie erhöhten sich dann die Ausfuhr- und Einfuhrwerte bis zum Jahre 1890. In diesem Jahre stellte sich die Ausfuhr in Deutschland auf 3677,4 Millionen, die Einfuhr betrug 4518 Millionen, der gesamte Außenhandel stellte sich auf 8195,4 Millionen.

Gegen das Jahr 1896 hatte der deutsche Außenhandel im allgemeinen um 30,75% zugenommen, bei der Einführung bezeugt die Erhöhung der Wertziffer 43%, bei der Ausfuhr dagegen nur 15,15%. Die nächsten Jahre brachten dann eine Stagnation. Im Jahre 1891 hatte sich die Einfuhr noch um rund 50 Millionen erhöht, dagegen war in der Ausfuhr ein Rückgang von 138 Millionen zu verzeichnen. Einen weiteren Rückgang und zwar sowohl in der Ausfuhr als in der Einfuhr brachte das Jahr 1892. In diesem stellte sich der Gesamthandel Deutschlands nach außen auf 7540,5 Millionen. Das waren rund 650 Millionen weniger als im Jahre 1890. Eine kleine Erhöhung in den Wertziffern der Einfuhr und Ausfuhr brachte das Jahr 1893, allein schon das Jahr 1894 brachte einen neuen Rückgang, der Wert der Einfuhr stellte sich auf 4205 Millionen, der Wert der Ausfuhr dagegen war auf 3259,9 Millionen zurückgegangen, das sind 3 Millionen weniger als die Ausfuhr schon im Jahre 1887 ausgemacht hatte. In einer ununterbrochenen Linie ging diese Verbesserung in den Verhältnissen des Außenhandels bis zum Jahre 1909. In dem sechsjährigen Zeitraum von 1895 bis 1900 war der Wert der Einfuhr im deutschen Zollgebiet gestiegen von 4433 auf 6128 Millionen Mark oder um 38,24%; der gesamte Außenhandel war gestiegen von 8094,3 auf 11 088,9 Millionen Mark. Durch den Rückgang, der im Jahre 1901 einzog, wurde der gesamte Außenhandel Deutschlands auf 10 471,1 Millionen herabgesetzt. Dabei stellte sich die Verminderung auf 401,6 Millionen bei der Einfuhr und auf 216,2 Millionen bei der Ausfuhr.

In den letzten Jahren ist aber wieder eine ganz wesentliche Verstärkung der Ziffern des Außenhandels eingetreten. Die Ziffern des deutschen Außenhandels sind dann weiter, mit einer Unterbrechung für das Jahr 1908, ständig gestiegen. Der gesamte Außenhandel stellte sich auf 10 616 Millionen 1902, auf 11 451,4 Millionen 1903, auf 12 174,1 Millionen 1904, auf 13 278,1 Millionen 1905, auf 14 389,9 Millionen 1906, auf 15 119,1 Millionen 1907, auf 14 062,6 Millionen 1908, auf 15 119,1 Millionen 1909 und auf 16 076,3 Millionen 1910. Der gesamte deutsche Außenhandel von 1901 bis 1910 ist gestiegen um 5805,2 Millionen Mark oder um 53,5%, die Einfuhr während dieses Zeitraums allein war gestiegen von 5710,3 Millionen auf 8609,2 Millionen oder um 50,9%, die Ausfuhr von 4512,6 Millionen auf 7467,1 Millionen oder um 65,5%.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während des letzten Vierteljahrhunderts tritt besonders deutlich hervor bei einem Vergleich der Einfuhr- und Ausfuhrziffern für das Jahr 1886 und für das vergangene Jahr. In diesem Zeitraum lag die Einfuhr von 3094,3 Millionen auf 8609,2 Millionen, also um 5514,9 Millionen Mark oder um 178,23%; der Wert der Ausfuhr erhöhte sich von 3193,3 Millionen auf 7467,1 Millionen, also um 4273,6 Millionen Mark oder um 133,82%. Der gesamte Außenhandel liegt von 6287,8 auf 16 076,3 Millionen, also um 9789,5 Millionen Mark oder um 155,67%. Unter diesem Tempo ist Großbritannien längst zurückgeblieben und nur die Vereinigten Staaten zeigen eine noch schnellere Entwicklung.

Gewerkschaftliches.

Katholische Arbeiter- und Knappenvereine und die angeblichen Störungen in den christlichen Gewerkschaften.

Neben dieses Thema referierte Arbeitersekretär Stielz-Glaibach auf dem Frühjahrstagtagt am 22. März zu Dorsten. Der Redner betonte besonders, es sei notwendig, daß das innige Verhältnis zwischen den konfessionellen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften aufrecht erhalten werde. Die Notwendigkeit der Stärkung der christlichen Gewerkschaften habe die Bergarbeiterbewegung gezeigt. Das sozialdemokratische Geschreibsel von einem Verbot der christlichen Gewerkschaften sei ein großer Blödsinn. Es sei ins Werk gesetzt, die christlichen Arbeiter zu vertreiben. Folgende vom Referenten vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die dem Bezirksverbande angeschlossenen 6150 Knappen- und Arbeitervereinsmitglieder verurteilen das Verhalten der sozialdemokratischen Organisationen gegenüber den christlichen Gewerkschaften auf das entschiedenste. Der ausgeübte Terrorismus, verbunden mit dem bestreben, Monopolverträge abzuschließen unter Ausschaltung der christlichen Arbeiter, bedeutet eine Gefahr für die Arbeiterbewegung überhaupt. Der Delegiertentag begrüßt die Haltung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter bei dem Versuch des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, die Ruhrbergarbeiterchaft in einen aussichtslosen Streik zu treiben. Die Verdächtigungen und Beleidigungen gegen die christlichen Arbeiterführer weist der Delegiertentag als eine Beleidigung der christlichen Arbeiterchaft überhaupt ganz entschieden zurück. Den sozialdemokratischen Geschreibsel gegenüber, der hl. Vater wolle die christlichen Gewerkschaften verbieten, werden unsere Mitglieder die Antwort in dem Sinne geben, daß sie mit noch größerem Eifer für die christlichen Gewerkschaften agitieren und arbeiten. In dem Verein soll die Aktionskommission baldigst ins Leben gerufen werden. Von den einzelnen Vereinen über wird erwartet, daß besonders durch Vorträge über die ideale Seite der christlichen Gewerkschaften mehr Aufklärung geschaffen wird.“

Gegen konfessionelle Verhetzung,

wie sie in letzter Zeit von sozialdemokratischer Seite wieder eifrig betrieben wird, richtet sich folgende im „Bergknapper“ Nr. 10/1911 veröffentlichte

Erklärung:

„In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse werden Neuerungen des früheren Gewerksvereins-Baumwollbetrieb über angebliche Zusammenfassung mit dem Vorstand des Gewerksvereins bzw. den Kameraden Höster und Vogelsang, wegen der Anstellung von evangelischen Gewerkschaftsbeamten verbreitet. Danach soll der Vorstand bei der Anstellung von Beamten aus konfessionellen Gründen evangelische Kameraden zurückgesetzt haben.“

Wir unverzichtbaren evangelischen Vorstandsmitglieder des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands erklären hierzu, daß eine solche Zurücksetzung evangelischer Kameraden, so lange wir dem Vorstand angehören, niemals stattgefunden hat. Wir würden auch niemals eine Bevorzugung der katholischen Kameraden auf Kosten der evangelischen zugeben.“

Vor der von Dobec seinerzeit befürworteten Anstellung eines bestimmten evangelischen Kameraden aus Osterfeld ist gerade von evangelischer Seite dringend gewart worden, mit welchem Recht, es heißt aus der Tatsach, daß der Vorreichlagende heute jeder Organisation den Rücken gekehrt hat.

Das Geschreibsel der sozialdemokratischen Presse, die offenbar gar nicht weiß, wer von den Gewerkschaftsbeamten evangelisch und wer katholisch ist, hat nur den Zweck, die Mitglieder des Gewerksvereins konfessionell gegeneinander zu bringen und dabei die eigene sozialdemokratische Verbündtsuppe zu schämen. Wir richten an unsere evangelischen Kameraden die Bitte, allen Versuchen der Gegner, konfessionelle Zivitatsacht in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder zu tragen, nachdrücklich entgegenzutreten. Zur Verteilung des Gewerksvereins können die evangelischen wie die katholischen Kameraden in jeder Beziehung volles Vertrauen haben.“

Franz Behrens August Gedamsky
Karl Kühlme. Wilh. Opel.

Lohnbewegung in der Berliner Handelsgärtnerei.

Die im deutschen (nationalen) Gärtner-Verbande und im Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein organisierten Gehilfen der Berliner Handelsgärtner stehen in einer Lohnbewegung. Angestrebt wird eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, die zur Zeit noch 11 Stunden täglich und mehr beträgt. In einer am 14. März in Berlin in Dräfels Festhalle stattgehabten stark besuchten Versammlung der Gärtnergärtner referierten die Vertreter der genannten Organisationen über das Thema: „Was soll uns Gärtner das Frühjahr bringen?“ Der Vorsitzende des Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbands, Antoni, berührte besonders die Lohnverhältnisse der Gärtner. Danach beträgt der Lohn in den Berliner Handelsgärtnerien 22 Mk. pro Woche und darüber. Das ist ein Lohn, der selbst bei den bestreitbaren An-

sprüchen für Berliner Lebensverhältnisse nicht zureichend ist. Der Referent wünscht auf den beschämenden Zustand hin, daß die Löhne der bestbezahlten Kräfte des Gärtnerberufes kaum an die ungelernten Hilfsarbeiter anderer Berufe heranreichen. Die Arbeitgeber stellten sich 1909 gegenüber der Forderung von 22 Mk. pro Woche auf den Standpunkt: „Wir verhandeln nicht.“ Über die Verkürzung der Arbeitszeit sprach der Referent des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins, Kaasnik. Seit 1898 kämpfen die Gärtner um die allgemeine Anerkennung der erfülligen Arbeitszeit. Während dieser Zeit haben andere Berufe die 10-, 9- und 8½-stündige Arbeitszeit eingeführt. Im Gärtnerberuf ist in wenigen Städten und Firmen die zehnstündige Arbeitszeit vorhanden; daher sei es Zeit, daß endlich die Gärtner aus gesundheitlichen und anderen Gründen allgemein die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen. Der anwesende Obmann der Berliner Gruppe des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands sprach sich anerkennend aus über die Ruh und Sachlichkeit, mit der die Wünsche der Gärtner zum Ausdruck gebracht wurden und versprach auf eine Verständigung mit den Arbeitgebern hinzuwirken. Mit nachstehender, einstimmig angenommenen Resolution fand die imposante Versammlung ihren Abschluß:

„Die am 14. März 1911 in Dräfels Festhalle zahlreich versammelten Handelsgärtnerhilfen von Groß-Berlin erklären, daß eine zeitgemäße Neuregelung der jetzigen Verhältnisse eine dringende Notwendigkeit ist. Besonders hält sie eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für unabdingt erforderlich. Im Interesse beider Teile liegt es, wenn es möglich wäre, über diese Forderungen eine gütliche Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen. Aus diesem Grunde unterbreitet die Versammlung der Organisation der Arbeitgeber den Vorschlag, in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern beider Gruppen, diese Frage zu besprechen.“

Ortskartelle in der christl. Gewerkschaftsbewegung
gibt es nach einer Veröffentlichung im „Zentralblatt“ zweihundertvierzehn. Das bedeutet seit der letzten Veröffentlichung Mitte vorigen Jahres ein Mehr von siebzehn. Die Ortskartelle sind bekanntlich die örtlichen Vereinigungen der einzelnen Ortsgruppen der verschiedenen Berufsverbände. Die Hauptausgaben sind Ausbreitung und Ausbau der Gewerkschaftsbewegung im Kartellgebiet, die Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterversammlungen zu den sozialen Körperschaften, die Schulung und Fortbildung der Mitglieder in sozialen Unterrichtskursen, Einwirkung auf die Sozialpolitik der Gemeinde, Bildungsbestrebungen schöngeistiger Art und so fort.

Diese Arbeiten werden in der Regel von den Gewerkschaftsmitgliedern nebenamtlich erledigt. Jedoch haben einige Anzahl (sieben) Kartelle bereits zur besseren Vertretung der Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen eigene Sekretäre angestellt. Wo sich die Ausbringung der Kosten hierfür nicht allein vom Ortskartell bewältigen läßt, sind größere Bezirkskartelle für zusammenhängende Gebiete gebildet worden, wodurch die Anstellungs eines Beamten ermöglicht und die Wirksamkeit der Kartelle fruchtbringender gestaltet und weiter ausgedehnt werden konnte.

Leider genügen nicht alle Kartelle den Anforderungen, die man billigerweise an sie stellen könnte. Es fehlt vielerorts an der richtigen Leitung, manchmal auch an dem notwendigen Zusammengeschöpf. Insgegen steht der verschiedensten Berufsorganisationen untereinander, und nicht zuletzt manchmal an Personen, die die manchmal widerstreitenden Interessen und Ansichten der im Kartell vertretenen Betriebsverbände ausgleichen und in ein gleichartiges Bett zu legen verstehen.

Seit Januar d. J. ist in Köln am Generalsekretariat ein Dezernat eingerichtet, das u. a. besonders der Frage der Ortskartelle seine Aufmerksamkeit und Unterstützung zuwenden wird. Es ist dadurch zu erwarten, daß in manchen Kartellen das notwendige Leben hineingebracht wird.

Sozialdemokratische Bildungsquellen.

Bon dem hohen geistigen Bildungsbestreben der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsgenossen liest man von Zeit zu Zeit in der roten Presse flappende Thrasen. Aber das ganze Gedanke ist eine leere Phantasie, die jeder Unterlage entbehrt. Das dem in der Tat so ist, ja, daß gerade die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie ihre christliche Einrichtungen, wie Kirche und Königtum, bekämpft, die Genossen zur Schund- und pornographischen Lektüre greifen läßt, zeigt eine Untersuchung in der „Arbeiterzeitung“, die 2. Klasse in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1911 S. 315—319) auf Grund der Ausleihverzeichnisse der Bibliothek der Arbeiterbibliothek an. Sie ist sehr wenig gelesen worden.

Die sozialistische und politisch-sozialistische Literatur wird sehr wenig gelesen und dann auch noch am meisten die Werke, die durch ihren Titel vermuten lassen, daß sie die Sachen in biederem „Humanismus“ form bieten, daß sie „etwas Sensationelles“ en halten. Das „Kabarett“ von Marx ist öfters gelesen worden, aber Käthe hat festgestellt, daß es von den Einzelhändlern gar nicht gelesen wird. Die Lektüre von sozialistischer Bücher ist im vergangenen Jahr „trotz der minimalen Nutzung und der Steigerung der Bucherzahl weiter zurückgegangen“. „Im allgemeinen befriedigt der Arbeiter sein Lesbedürfnis auf dem Gebiete der Politik und des Sozialismus durch die Parteipresse“, sagt Käthe. Das erklärt ja manches. Schweren werden die Klassiker gefragt. Käthe sagt ganz spöttisch: „Ein Humorist könnte angeblich dieser Tatsache auf den Gedanken kommen, die Leser hätten aus ihrem proletarischen Klassengefühl heraus bereits seit langem die Überlebthit und Wertlosigkeit der bürgerlichen Klassiker erkannt und mit ihnen — gleich dem unfehlbaren Witzbold, der neuerdings im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ die Leser erheitert — tabula rasa gemacht.“ In der Abteilung Geschichte ist eine „starke Vorliebe für die bürgerlichen und nach billigeren Geschichten herausgebrachten Werke zu verzeichnen. Wo in dieser Rubrik der Corvinische Pfaffenspiegel sich befindet — und er fehlt kaum in einer Bibliothek — da fehlt er neben den wirklich nicht wissenschaftlichen gekrönten Häuptern meistens das starke Buch dar.“

Käthe verlangt einen „Wegweiser“ durch die Literatur, „Grundbedingung muß freilich sein, daß er wirklich tendenzfrei, namentlich ohne jeden Richtungssinn ist.“ Dieser sozialdemokratische Wegweiser wird nicht kommen, denn ohne „Richtungssinn“ passiert nichts die Parteizentrale. Nur „Gesinnungslüftiges“ wird zugelassen, wenn es auch der größte Schund ist. So schreibt der sozialdemokratische „Volkswill“ (Hannover) in seiner Unterhaltungsbeilage vom 10. März 1911: Es ist das „Belebende jetzt nicht nur stark ins Hintertreffen geraten, oder mit andern Worten, es ist die Zahl der belehrenden Bücher weit geringer als die der unterhaltsenden, sondern es ist auch unter den unterhaltsenden Werken dieses oder jenes Buch zu finden, das teils völlig verastet ist, teils den heute auch — oder gerade auch — vom Standpunkte der Arbeiterbildung zu stellenden Ansprüchen in seiner Weise nicht genügt. Die Schriften eines Corvin, Lommel, Voßnitski sind in mehr als wertlos, und daß sie einstmal in Parteiverlagen erschienen sind, sollte kein Grund sein dürfen, diesen Schund den Arbeitern von heute zur Erfüllung ihres Wissensbedürftes für den noch darzubieten. Man sollte solche Bücher heutzutage auch nicht einen Tag länger in Arbeiterbibliotheken dulden.“

In einigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern kommt man hin und wieder ähnliche Lauten hören über Neuerhebung, die vom Vorwärts-Blatt den Leuten in den Klassenzimmer-Worten angewiesen werden. Der Schund aber wird am liebsten gelesen und er soll gelesen werden, weil er den Geist der Arbeiter am besten im sozialistischen Sinn beeinflusst. Der hat denn die sozialdemokratische Presse und Massenverhübung, die niedertägige Bekämpfung von Altar und Krone, wie sie in den Spalten der Presse getrieben wird, ihre Leser in dem Bau der Welt- und Kirchengeschichte an andere Orte geführt als an die — Aborte mit Sklaven?

Rundschau.

Wilhelm Häusgen aus Dortmund, der jüngste sozialdemokratische Spezialist für das Christenverfolgungsproblem, hat etwas Neues entdeckt. Flugs steigt er als Dr. dent. amerit. in das wissenschaftliche Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaften und boxt die Christen tot. Die Einführung der Verhältniswahl am Gewerbericht in Münster i. W. ist der Gegenstand seiner Ausarbeitung. Die Christen hätten ihr nur zugestimmt auf Anregung von „höheren Orts“. Nicht Gerechtigkeit hätten sie geübt, sondern aus der Not eine Tugend gemacht. Geht den Fall, es wäre so, dann soll Häusgen ja nicht vergeben, daß die Christen in Münster die Verhältniswahl nicht einzuführen brauchten, wenn sie nicht wollten — trotz der Anregung von „höheren Orts“. Wir erinnern ihn vergleichsweise nur an das Verhalten seiner roten Genossen in Berlin. Dort wurde auch von „höheren Orts“ angeregt, anstelle der Mehrheitswahl die Verhältniswahl einzuführen. Seine roten Genossen lehnten dieses aber ab, aus Gerechtigkeitsgefühl wahrscheinlich, und so besteht doch heute noch die Mehrheitswahl. Wir erinnern ihn jedoch daran, daß in Hamm i. W., also auch in seiner nächsten Nachbarschaft, die Christen schon im Jahre 1907 die Verhältniswahl beantragt, trotzdem sie die übergroße Mehrheit hatten. Sie jürgneten auch den Hinauswurf nicht, wie er andeutet. Trotz der Verhältniswahl erhielten dort die Christen im Oktober 1910, also nach Finanzreform und Wahlrechtsummung, sämtliche Wahlstellen, und seine roten Genossen gingen leer aus. Drittens sollen die Christen nur ihre Wahlsiege melden, während sie ihre Niederlagen verschwiegen. Häusgen ist sich, er rechtfertigt uns mit der roten Partei- und Gewerkschaftspresse, dort West man nur von roten Siegen und christlichen Vereinfällen. Wir berichten also nur objektiv, damit die von ihrer Presse eingesetzten Genossen draußen im Lande wenigstens etwas von der Wirklichkeit zu hören bekommen. Dort, wo sie nichts anderes lesen, als das Zeug der roten Partei- und Gewerkschaftspresse, wie in Hamburg, sind sie ja schon beinahe übergeschnappt und wollen die Zukunftsgesellschaft errichten. Aber mit der Umkehrung fangen die „Übergeschnappten“ bei ihren eigenen Führern an und sagen sie zum Teufel. Bei der geplünderten französischen Revolution ging's ja ähnlich zu. Mahlzelt! * * *

Der Deutzer Frühstückspartei, Schnapsbott und Schatzmeister. Das Hauptorgan der rheinischen Sozialdemokraten, die „Rheinische Zeitung“, glossiert seine Parteigenossen und Leser aus dem Aufzehrtpartei in Nr. 66 folgendermaßen:

Was hat der Prozeß ergeben? An einem blauen Montag kommt der Arbeiter Peltzer in angetrunkenem Zustand nach Deus. Er spricht den Streisleiter Schulz und wird von ihm aufgefordert, einige erfahrene Leute zum Abend in die Besprechung zu bringen, denn die Streitenden waren zum allergrößten Teil gewerkschaftlich noch unverfahren, sie bedurften der moralischen Stütze durch ältere Kollegen. Peltzer geht nach seiner Baustelle an der Sandbahn in Köln; hier haben die Arbeiter dem Alkohol so eifrig zugewichen, daß der Unternehmer sie auf den Wunsch Peltzers gern eine Stunde früher entläßt. Die Leute fehren unterwegs in verschiedene Wirtschaften ein, sie sind sehr angeheitert, als sie zu der Besprechung in Deus ankommen. Unter den betrunkenen Leuten mag jemand davon gesprochen haben, daß es auf die Arbeitswilligen von Deus gehen solle

Mit dieser Illustration der „moralischen Stützen“ hat die „Rheinische Zeitung“ weder den Verurteilten noch dem Magdeburger Parteitag, der bekanntlich von Besiegung über den gelungenen Schnapsbottott trieste, einen Gefallen erwiesen. Den Schriftmachern aber hat sie Wasser auf ihre Mähnen geliefert. Prompt stellt sich die „Rheinische Zeitung“ ein und sagt in ihrer Nr. 321 vom 23. März:

„Wie in Moabit, so hat sich auch in Deus wieder die Gemeingeschäftlichkeit des Streikpostenscheins gezeigt. Nur besten wäre, es würde gesetzlich überhaupt verboten.“

Den sozialdemokratischen Vorwurf von der Klassenzüchtigung fertigt das Blatt — jedenfalls in dankbarem Erinnerung an gewisse sozialdemokratische Liebesdienste aus jüngster Zeit — als Gerede ab. Der Vorwurf würde nicht mehr verstanden bis wir wirkliche Klassenjustiz hätten, wenn nämlich Arbeitgeberdienste angestellte Arbeiter in allen Fällen freisprechen würden, weil man Spülleute ungern totschlagen dürfe. — Es ist mitunter schwer, keine Sotterre zu schreiben. Das Verhalten der roten Preise bringt uns, in einem besondern Artikel in vorliegender Nummer den Deutzen Prozeß mit einem anderen in Parallele zu stellen.

In Frankreich wird jetzt Ernst gemacht, nicht gegen Deutschland oder einen anderen äußeren Feind, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollen ihren Freunden von der goldenen Internationale ans Leber. Eine große Versammlung in Paris soll Stellung nehmen gegen die Freimaurer und Juden. Ob die sozialdemokratische „Humanité“ wohl über die Versammlung berichten wird? Und was werden die Rothfisch, Krocs, Adler, Frank usw. dazu sagen. Der vorbereitete Sieger wird sich gewiß so sorglos freveln im Krebs und treiben.

Die Ressortabedürftigkeit unseres Gejagten zeigt mal wieder eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes. Die Kosten eines Legationsrates verlor im Einverständnis mit diesem ihre Stellung. Der Dienstherz schreibt ihr folgendes ins Zeugnis:

„Am 29. März d. J. fand ich in meinem Suppenkeller und in dem meiner Frau je zwei Tabletten, die sich bei altschädiger Untersuchung in der Apotheke als unzählige Abführmittel darstellten. Die Suppe war in der Küche von der Köchin ausgegeben und von Diener im Esszimmer getragen worden. Martha E. erklärte, nicht die Urheberin gewesen zu sein, und die übrigen Dienstboten bestätigten ihre Unschuld.“ Dann hieß es noch u. a.: „Ihr Beitragen ließ zumeist zu würdigen kriegen.“

Es ist ohne weiteres klar, daß diese Bemerkungen der Köchin zur Erlangung einer neuen Stellung sehr hilfreich waren. Um eine Berichtigung der Eintragungen zu erwirken, nahm sie die Behörden in Antritt. Sozialpräsident und Oberpräsident lehnten ein Eintheilen ab. Ihre Klage wurde vom Oberverwaltungsgericht ebenfalls abgewiesen. Der Vorhang mit den Tabletten ist objektiv richtig wiedergegeben und eine Berichtigung jedoch nicht möglich. Mit der Bemerkung über ihr Beitragen sei nur eine subjektive Meinung widergegeben. Hierzu sei die Ressortabedürftigkeit berechtigt. Dienst-

boden seien nicht berechtigt, ein anderes Werturteil zu verlangen. Wir möchten gern einmal das Gesetz eines „Rates“ sehen, wenn ihm seine vorgesetzte Behörde ein derartiges Werturteil ins Zeugnis schreibe. Es soll ja auch klären geben, deren Beiträge mitunter zu unzureichend wertig läßt.

* * *

Die kommunale Arbeitslosenversicherung macht Fortschritte. Charlottenburg hat nun als fünfte Stadt im Deutschen Reich die kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Center System eingeführt.

Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist, nach der „Sozialen Praxis“, ununterbrochener einjähriger Wohnsitz in Charlottenburg, ferner muß die letzte Arbeitsstätte des arbeitslos Gewordenen in Charlottenburg oder bei einem Arbeitgeber gewesen sein, dessen gewerbliche Niederschaffung im Gemeindebezirk liegt. Der Zuschuß beträgt 50% der täglichen gewerkschaftlichen Unterstützung oder des von einem gesperrten Spargut haben abgehobenen Betrages, höchstens aber eine Mark pro Tag und beginnt nach einer Warlezeit von einer Woche. Die Arbeitslosigkeit muß unverschuldet sein, darf auch nicht durch Krankheit, Unfall, Streik oder Aussperrung verursacht sein. Der Zuschuß endet mit der Aufnahme der Arbeit, der Ablehnung nachgewiesener passender Arbeit und dem Ablauf von 60 Unterstützungstagen. Der Begriff der „passenden Arbeit“ ist nicht festgelegt, die Entscheidung bleibt im Streifase einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuss überlassen. Alleinstehende Arbeiter müssen bei Gewährung eines Reisegeldes außerwährt Arbeitsstellen annehmen. Die Kontrolle der Arbeitslosen liegt dem Städtischen Arbeitsnachweis ab.

Hierzu leistet die Stadt einen etatsmäßigen Beitrag von 10 000 Mark. Um den Einwendungen gegen das Center System zu begegnen, der Zuschuß kommt nur den Organisierten zugute, soll gleichzeitig eine städtische Arbeitslosenversicherungsliste eingerichtet werden. Weibliche und männliche Arbeiter und Angestellte können ihre Interessen, wenn sie 6 Monate in Charlottenburg anfängen sind. Der Beitrag beträgt 25 Pf. pro Woche. Diese Kasse erhält einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mark und einen einmaligen Beitrag von 20 000 Mark zur Bildung eines Reservefonds. Die Unterstützungen betragen pro Tag 1 Mark für höchstens 60 Tage. Die anderen Vorschreiten sind die gleichen wie beim Center System.

* * *

Die Maschinenindustrie floriert, dies beweist das Kapitalbedürfnis der Werke zur Weiterausdehnung. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Uttendorf will ihr Aktienkapital beinahe verdoppeln, von 4 889 000 Mark auf 8 000 000 Mark. Die Deutsche Maschinenfabrik in Duisburg plant die Ausgabe von 4 500 000 Mark neuer Aktien. Die Dresdener Gasmotorenfabrik vom Moritz Hille will sich mit der Dresdener Bohrmachinenfabrik verschmelzen. Zu diesem Zweck soll das Aktienkapital um 1 100 000 Mark erhöht werden. Hier von werden 600 000 Mark zur Verschmelzung gebraucht und 300 000 Mark zur Stärkung der Betriebsmittel. Das Barover Walzwerk hat 880 000 Mark neues Kapital nötig und Namekohl u. Schmidt in Delle 400 000 Mark.

* * *

Die Syndikate in der Metallindustrie sind ein fortwährendes Versagen und Vergehen. Während erst vor kurzem die Stabeisenkonvention geheißen ist, droht daselbe Schicksal dem Gußrohrensyndikat. Der Vertrag dieser Vereinigung läuft am 31. März ab. Das größte Werk im Gußrohrensyndikat, die Halberger Hütte in Bredach a. d. Saar gibt nun bekannt, daß sie vom 1. April ab wieder freihandig verkaufe. Das Gußrohrengeschäft hat schwer zu kämpfen gegen die Schmiedeeisenernen Röhren. Die Preise sind daher gedrückt, und manches kleine Werk befindet sich in großen Schwierigkeiten. Wird nun das Syndikat aufgelöst und es kommen Kampfpreise, dann müssen die kleinen die Kosten tragen. Auch senden die Kleinsten größere Beteiligungssätzen fordern, was bei den Großen auf Widerstand stößt. Da scheint es deutl., daß die Halberger Hütte verhandlungsfähig ist. Einweder will sie mit ihrer Kräfte die kleinen einschüttern oder im

Falle der Syndikatsauflösung von vorne herein eine Menge Anträge an sich ziehen. Die nächsten Tage werden ja die Entscheidung bringen. Die Dampfkesselfabriken wollen sich auch kartellieren. Das Kartell sollte die Preise festlegen, die Haftpflicht zu verniedern suchen und zollpolitisch tätig zu sein. Nach Österreich ist z. B. eine Ausfuhr deutscher Kessel gar nicht möglich, weil der Zoll so hoch ist wie der Preis des Rohmaterials. Die Vorbesprechungen zeigen aber derartige Schwierigkeiten, daß die Gründung des Kartells kaum erfolgen dürfte.

* * *

Ein gesegnetes Jahr für Aktionäre, Aufsichtsräte, Direktoren und Prokuristen der A.G. für Stahlindustrie vor dem A. Hirsch u. Co. in Kassel war das verloren. Der Bruttogehalt der Gesellschaft betrug 666 465 Mark bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark. Die Aktionäre erhielten hierzu 300 000 Mark gleich 15%, das sind 60 000 Mark, oder 3% Dividende mehr als im Vorjahr. Die 3 Aufsichtsräte erhielten 35 016 Mark für ihre Benützungen, das ist eine Steigerung von 11 276 Mark gegen 1909. Die 3 Vorstandsmitglieder und Prokuristen erhöhten ihre Tantieme von 35 016 Mark auf 57 680 Mark, Zunahme 22 664 Mark. Der Rücklage wurden 200 000 Mark überwiezen. Die Arbeiter gingen aber auch nicht leer aus. Zu besonderen „Fonds“ wurden ihnen ganze 24 000 Mark überwiezen, 9000 Mark mehr als im Vorjahr. Und da spricht man noch von der Begehrlichkeit der Massen. Richtiger aber hieße es angesichts dieser Zahlen: Wundert man sich über die Begehrlichkeit der Massen?

* * *

An einer Submission von Eisenkonstruktionen für die Eisenbahndirektion Hannover beteiligten sich 17 Firmen. Das niedrigste und höchste Gebot gingen um 28% auseinander. Die niedrigstfordernde war die Firma A. Leher-Duisburg mit 4962 Mark. Der Höchstfordernde blieb Weinmeier u. Schönen in Duisburg mit 6834 Mark. Bei der letzten Submission von Eisenkonstruktionen der Eisenbahndirektion Hannover, die wir in Nr. 9 besprochen, gingen die Preise um 70% auseinander. Auch da war die Firma A. Leher & C. m. b. H. in Duisburg die Mindestfordernde.

* * *

Die Geister, die er rief wird der sozialdemokratische Bergarbeiterverband jetzt nicht mehr los. Noch ist der wilde Streit auf Bede „Bergmann“ nicht beendet und es ist schon wieder eine Arbeitseinstellung unter Kontraktbruch erfolgt auf Bede „Glückauf-Segen“. Der östlichere Anlaß war, daß die Bechenverwaltung für jede Schicht gesonderte Kohlennummern einführt, um, wie sie bekannt gibt, diejenigen, welche unreine Kohlen zu Tage schicken, besser herausfinden zu können. Die Arbeiter sehen in den Anordnungen der Bechenverwaltung eine Maßnahme, um zur schichtweisen Kohlenberechnung zu kommen. Dies ließen aber die mit der Kohlenförderung verbundenen Nebenarbeiten nicht zu und würde eine fortlaufende Differenzenquelle sein. In Belegschaftsversammlungen wurde Stellung dazu genommen und nach Ablehnung des Gedaches um Rückgängigmachung der Maßnahmen, passive Weisung beschlossen, d. h. die Arbeiter stimmteten sich nicht mit die Anordnung der Bechenverwaltung und forderten auf ihrer alten Kohlennummer weiter. Diese müssen aufzufahren, worauf dann der Streit ausbrach. Ein Vorstandsmitglied Waldhöder vom roten Bergarbeiterverband verurteilte nach der sozialdemokratischen Vorstudie „Arbeiterzeitung“ den wilden Streit. Decidiert der Belegschaft müßte für den Streit sein und dann ordnungsgemäß kündigen. Die roten Kumpels störten sich aber nicht an seine Ausführungen, sondern beschlossen, im Streit zu verharren. Das ist verständlich, denn bei dem wilden Streit auf „Lukas“ erklärte der rote „Führer“ Waldhöder im Beisein vorgenannten Waldhöders, ohne daß letzter Einspruch erhob, die Belegschaftsversammlung für „soverän“. Warum soll uns, so legen sich die Kumpels von „Glückauf-Segen“, nicht dasselbe Recht zuschaffen wie denen von „Lukas“. Wir sind auch „soverän“. Der Vorstand des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes hat aber nicht den Mut, dem ungehemmten Treiben

Die Metalle.

Einmal etwas Rechtes über diejenigen Stoffe zu hören, mit welchen sie tagtäglich beschäftig sind. Hierzu gehören, wie unsere Verbundskollegen nicht unterscheiden, und nicht nur sie allein. Die Metalle und ihre Verbindungen spielen ja eine so eminent wichtige Rolle im Leben des Menschen, daß ohne sie der Mensch der heutigen Kultur gar nicht mehr existieren könnte.

Die chemische Eisenforschung lehrt, daß es chemisch einfache und chemisch zusammengesetzte Körper gibt. Chemisch einfache Körper werden solche genannt, die nach dem jetzigen Stande der Eisenforschung sich nicht mehr zerlegen lassen. Zu diesen chemisch einfachen Körpern gehören sämtliche Metalle. Die wichtigsten davon sind: Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Gold, Silber, Nickel, Platin, Aluminium, Magnesium, Antimon und Cadmium. Unter chemisch zusammengesetzten Körpern sind hingegen alle diejenigen Stoffe einzutheilen, welche durch gezielte Röntgen, z. B. Röntgen oder Elektrizität, mit der ohne Hilfe von Chemikalien in einfachere Verbindungsstücke zerlegt werden können. Zu diesen wird uns das vorher Gesagte durch folgende Beispiele: Zinnkupfer ist ein chemisch zusammengefügter Körper, welcher aus Eisen und dem Metall Eisenkupfer besteht. Eisen kann Zinnkupfer an der Seite zerlegen. Man kann auch Zinnkupfer in der Seite zerlegen, das man ihn in sein gemischtes Gefüde mit Eisenkupfer etliche erhält; das Eisen verbindet sich mit dem Eisenkupfer, und Eisenkupfer wird zu. Es ist also möglich, Zinnkupfer in seine Bestand-

teile, Eisen und Schwefel zu zerlegen. Es ist aber unmöglich, das metallische Eisenkupfer noch weiter zu zerlegen, denn es bleibt, mag man mit ihm anfangen, was man will, immer Eisenkupfer. — Die meist zur Herstellung von Eisen verwendeten Eisenarten sind eine chemische Verbindung von Eisen und Sauerstoff. Im Hochofen wird mit Hilfe von Koks unter Einwirkung einer starken Hitze das Eisen erstmals chemisch gewalzt; der Schlackenstein, welcher ein Hauptbestandteil des Koks ist, verbindet sich mit dem Sauerstoff des Koks und das Eisen wird frei. Daraufhin ist es nicht mehr möglich, Eisen noch weiter in etwa andere Bestandteile zu spalten.

Von den Metallen finden sich nur wenige in der Natur als gebiegen, das heißt als eigentliche Metalle, wie wir sie kennen, vor. Es sind dies die sogenannten Edelmetalle, Gold, Silber und Platin. Die allermeisten übrigen Metalle, zumal die wichtigsten, wie das Eisen, das Blei, das Kupfer, der Zinn, das Zink u. s. finden sich in der Natur in Form von chemischen Verbindungen, die erst durch menschliche Kunst gespalten werden müssen, um aus ihnen die gewöhnlichen Metalle zu erhalten.

Die Frage, welches Metall den Menschen wohl am fröhlichsten befähigt geworden sei, ist sehr schwer zu beantworten. Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben, welches Metall zuerst in die Hände der Menschen kam und ebenso wenig läßt sich die Reihenfolge der Entdeckung der einzelnen Metalle feststellen. Die meisten unserer Seher werden wohl sagen, daß man sich in seinem gemeinsamen Gefüge etliche erhält; das Eisen kann auch Zinnkupfer in der Seite zerlegen, das man ihn in sein gemischtes Gefüde mit Eisenkupfer etliche erhält; das Eisen verbindet sich mit dem Eisenkupfer, und Eisenkupfer wird zu. Es ist also möglich, Zinnkupfer in seine Bestand-

teile, Eisen und Schwefel zu zerlegen. Es ist aber unmöglich, das metallische Eisenkupfer noch weiter zu zerlegen, denn es bleibt, mag man mit ihm anfangen, was man will, immer Eisenkupfer. — Die meist zur Herstellung von Eisen verwendeten Eisenarten sind eine chemische Verbindung von Eisen und Sauerstoff. Im Hochofen wird mit Hilfe von Koks unter Einwirkung einer starken Hitze das Eisen erstmals chemisch gewalzt; der Schlackenstein, welcher ein Hauptbestandteil des Koks ist, verbindet sich mit dem Sauerstoff des Koks und das Eisen wird frei. Daraufhin ist es nicht mehr möglich, Eisen noch weiter in etwa andere Bestandteile zu spalten.

Wiederholung von Kupfer und Zinn) und schließlich das Eisen gekocht hätten. Diese Angaben sind aber ohne jede praktische Bedeutung. Soviel ist gewiß, daß einzelne Metalle, namentlich die leichten harte Eisen, wie Blei und Eisen, schon sehr früh der Menschheit bekannt gewesen sind. Denkmäler und Inschriften geben uns davon Zeugnis, daß bei den alten Egypfern das Eisen schon 3000 Jahre vor Christi Geburt vorhanden war. Zur Zeit König Ramses II. (1350 vor Christus) gebrauchten die ägyptischen Bauern, wenn wir sie so nennen dürfen, schon allgemein Eisenplatten. Eisen wurde im Gebrauch der Israeliten erwähnt. Die Lydier, nahe Verwandte der Israeliten, waren Meister in der Herstellung von Eisen. Auch die übrigen Metalle werden schon bei den Schriften der Israeliten hunderte von Jahren vor Christi Geburt erwähnt. Die Eisenerzvorkommen der Tempel ist von Säulen aus Bronze, Eisenbeschlägen, Säulen, Löwen, Löwen, Engelsfiguren u. s. alle aus Bronze gegossen, die Römer.

Das Eisen wurde schon in den Pyramiden Aegyptens, die 1—2000 Jahre vor Christi Geburt errichtet wurden, gefunden. Des Goldes und Silbers wird im alten Testamente schon gedacht, denn im ersten Buch Moses steht es: „Abraham war sehr reich an Gold, Silber und Gold“. „Eisenerz brachte Rebekka Särgen und Armringe aus Gold“. König David ließ große Goldmünzen für den Tempelbau sammeln, nach unzähligen Berechnungen nebst zu 500 000 Litogr. In Mesopotamien, in dem Land zwischen Euphrat und Tigris, sind 1800 vor Christus Münzen aus Gold allgemein eingeführt. Der Goldreichtum der ägyptischen

inhalt zu gebieten. Die Warnungstafel: „Hamburg! Kreuzt ihn!“ hindert ihn daran. Durch seine waschlippige Haltung lässt er den Scharfmachern neuen Stoff. Diese werden ja schon nicht erlahmen, die Arbeiterorganisationen als unsägliche Vertragskontrahenten zu verächtigen. Bezeichnend ist, daß die polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dundersche Bergmannsverein mal wieder die Nachläufer spielen.

* * *

Terrorismus und Verleumdung heißen die Waffen der Sozialdemokratie im „Befreiungskampf des Proletariats“. In Solingen wurde im Friseurgewerbe ein Tarifvertrag mit Bohkothilfe der roten Gewerkschaften abgeschlossen, der neben dem Organisationsmonopol noch eine sehr sonderbare Bestimmung enthält. Kann der sozialdemokratische Verband der Friseurgehilfen nicht genügend organisierte stellen, ist der Prinzipal allerdings berechtigt, Nichtorganisierte anzustellen, er muß dann aber dafür sorgen, daß die Gehilfen innerhalb 4 Wochen dem Verbande beitreten. Lehnen die Gehilfen den Beitritt zum Verbande ab, so darf der Prinzipal sie nur dann weiter beschäftigen, wenn es für sie die Verbandsbeiträge bezahlt.

Aho: „Geld reicht nicht!“ Diese Handlungsweise der sozialdemokratischen Gewerkschaft zeigt mal wieder auf, daß ihnen die gewerkschaftliche Überzeugung ihrer „freien Zwangsmitglieder“ Johann ist, wenn sie nur zahlen und das Maul halten. — Wegen Verleumdung des Arbeiterssekretärs Kollegen Klüber-Born wurde der Schweißermeister Niedermeier verurteilt. Niedermeier hatte in einem sozialdemokratischen Flugblatt Klüber einen Musterstreit geschimpft und sein Vorgehen einen gemeinen Schurkenstreich genannt. Recht so! An den Pranger mit den roten Chrabenschneidern.

* * *

Die Bewegung auf der Eilenburger Zellstofffabrik steht noch immer auf dem alten Fleis durch das Weiterarbeiten des roten Metallarbeiterverbandes bzw. dessen Mitgliedern erleidet der meist aus Hamburg zugezogenen Arbeitswilligen besetzte Betrieb keine Unterbrechung. Der Streik des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes ist vollständig wirkungslos. Bis jetzt war man vergeblich, daß seitens der roten Partei oder der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse ein Wort über diese neue „Klassenkampfmethode“, welche in Eilenburg in Anwendung kam, geäußert wurde. So wird der Rest des Familienwohlstandes von 318 armen Arbeitern, die dort streiken, vollständig ausgerissen. „Der Leichtgläubige wird oft betrogen!“ — Wann aber wird die deutsche Arbeiterschaft sich einmal los von der roten Phrasé emanzipieren?

Streiks und Lohnbewegungen.

Ein Streik auf dem Eisen- und Stahlwerk „Union“ zu Dortmund.

Immer zahlreicher werden jetzt sozialdemokratische Streiks unter Kontraktbruch herbeigeführt. So legten am 22. März morgens 7 Uhr auf der „Union“ in Dortmund die Maschinisten, Heizer und Lokomotivführer, organisiert im roten Heizer- und Maschinistenverband, unter Kontraktbruch die Arbeit nieder. Das Vorgehen ist in diesem Falle umso mehr zu verurteilen, als es sich um eine Belegichtigkeit handelt, die seit längerer Zeit organisiert ist. Die sozialdemokratischen Führer schneien hier entweder jedes Verantwortungsgefühl oder die Führung über ihre Mitglieder verloren zu haben. Den sämtlichen Streikenden werden 6 Schichten wegen Kontraktbruches enthalten. Für die 400 Arbeiter macht dies einen Verlust von circa 12 000 Mark aus. Unter solchen Umständen einen Streik anzusehen, bedeutet Arbeiterrerrat. Zu bedauern sind diejenigen Arbeiter, die durch einige Schießhälse und unverantwortliche Heizer zu dem Vorgehen eranlaßt wurden, ohne zur richtigen Erkenntnis der Folgen zu kommen.

Bedauerlicherweise ereignete sich durch die Auflösung der notwendigsten Auswertung bei der Ent-

könige greute ans Unglaubliche. Als Christus 538 vor Chitus Babylon, die Hauptstadt von Assyrien, eintauchte, führte er aus einem einzigen Tempel für ca. 30 Millionen Mark Gold weg. — So lassen sich die Beispiele aus dem Altertum, daß die Metalle den Völkern, sobald sie in die Kultur eintreten, bekannt waren, zahlreich vermehrten, und werden wir bei der Beschreibung der einzelnen Metalle, die eine Reihe von Aufsätzen bilden soll, auf interessante Einzelheiten näher zurückkommen.

Der Gebrauch mancher Metalle, z. B. des Zinks, des Aluminiums, des Ni. &c. ist allerdings sehr viel später bekannt geworden. Das Kind wurde zuerst von dem bekannten Alchemisten Thoth ausz Psaracius um die Mitte des 16. Jahrhunderts dargestellt. Die Darstellung des Aluminiums und des Magnesiums sind erst Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. — Ungemein wichtig ist die Betrachtung der einzelnen Metalle und ihrer Verbindungen. Die Technik ist daher bestrebt, immer neue Methoden zu ersinden, um die einzelnen Metalle zu gewinnen und sie dem menschlichen Gebrauch zugänglich zu machen. Die Geschichte der Verwendung der Metalle, ihr Vorkommen in der Natur, ihre Darstellungsweise, ihre chemischen Verbindungen, soll der Zweck einer Reihe von Aufsätzen sein, deren Letzte wir unsern Kollegen wegen ihrer Wichtigkeit vorgezähnlich empfehlen. Räment ich vor den wir auch darauf Rücksicht nehmen, welche Einwirkung die einzelnen Metalle und ihre Verbindungen auf den Geist und die Gesundheit der Arbeiter haben, welche mit deren Herstellung beschäftigt sind, und welche Schutzmaßnahmen zu ergriffen sind, um solle Folgen abzuwehren.

Dr. A.

legung des Betriebs durch die Kontraktbrüchigen noch ein schweres Unfall, den ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Über den Vergang berichtet die Tagespresse:

„Punkt 7 Uhr löschten die Heizer die Feuer unter den Kesseln und hielten in Hand mit ihnen legten die übrigen Arbeiter und das Maschinenpersonal, im ganzen etwa 250 Leute, die Arbeit nieder. Diese plötzliche Betriebeinstellung hat auch ein gräßliches Unglück zur Folge gehabt. Um die Zeit der Betriebeinstellung sollte ein Converter mit flüssigem Eisen gelöst werden. In solchen Fällen ist unter den dabei tätigen Leuten stets eine Verständigung notwendig, die im vorliegenden Falle außer acht blieb. Der Converter wurde gekippt, und das flüssige Eisen ergoss sich zu einer Zeit in die Pfanne, als noch drei Arbeiter darin beschäftigt waren. Während es zwei Leuten durch ihre Geistesgegenwart gelang, sich zu retten, wurde der dritte, der 37 Jahre alte Arbeiter Wysocki, am ganzen Körper schrecklich verbrannt, sodaß sofort seine Aufnahme nahme ins Krankenhaus erfolgen mußte, wo er hoffnungslos darniederlegte. — Die Streikenden zogen von der „Union“ durch mehrere Straßen zum Gewerkschaftshaus, wo eine Versammlung stattfand. Zwischen wurden sieben Streitende von der Polizei verhaftet, da sie dringend verdächtig sind, schwulstiger Weise an dem erwähnten Unfall beteiligt zu sein. Durch die Betriebeinstellung ruhte der Betrieb auf der „Union“ mehrere Stunden fast gänzlich, um 11 Uhr mittags konnte derselbe in etwa wieder aufgenommen werden, da das technische Personal, soweit es mit der Bedienung der Kessel und Maschinen vertraut war, und die Meister ausstellte der Streikenden den Dienst übernahmen. Nachmittags um 3 Uhr fand im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus an der Lessingstraße eine Versammlung der Ausländer statt. Der Presse wurde der Zutritt verwehrt, da die Versammlung als eine nicht-öffentliche bezeichnet wurde.“

Der sozialdemokratische Heizer- und Maschinistenverband hat auf der Dortmunder „Union“ im letzten Jahre eine wütste Agitation betrieben. Die meisten Heizer und Maschinisten organisierten sich sozialdemokratisch. In Wahrung seiner Interessen gegen die teilweise durch Lüge betriebene Agitation dieses Verbandes kamen wir mit ihm verschiedentlich in Differenzen. Trotz dieser Neidereien rückte unsere Dortmunder Ortsvertretung an den sozialdemokratischen Heizer- und Maschinistenverband am 30. Dezember vorigen Jahres ein Schreiben, ob betrifft der Maschinistenbewegung eine gemeinsame Aussprache erwünscht sei. Dieses Schreiben, ein Angebot zu gemeinsamer Vertretung der Arbeiterinteressen wurde gar nicht beantwortet. In der Nr. 1 1911 des sozialdemokratischen Heizer- und Maschinistenverbandes ist dann sogar noch unter Dortmund in folgender gehässiger Weise gegen die christlich organisierten Arbeiter gehetzt worden:

„Lebt den Zersplitterern gemeint sind die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Maschinisten. D. R.) die richtige Antwort, strafe sie mit Verachtung. Ihr kommt sie nicht als Mitläufer betrachten, denn sie sind nur Helfershelfer und Handlanger des Unternehmers.“

Eine Organisation, die gegen die christlichen Arbeiter in solcher gemeiner Weise loszieht, kann doch nicht verlangen, daß der christliche Metallarbeiterverband, ohne daß sein Mitbestimmungsrecht anerkannt wird, mit in eine Streikbewegung eintritt. Bei der Einleitung der Bewegung wählt man nur Mitglieder des sozialdemokratischen Maschinistenverbandes in die Verhandlungskommission. Ein sozialdemokratischer Organisationsbeamter erklärte:

„Wir müssen den christlichen Metallarbeiterverband ausschalten, denn wenn sich die Arbeiter der „Union“ in den „freien“ Gewerkschaften organisieren, dann haben wir dieselben nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch.“

Auszüglichend ist also bei der Bewegung das Interesse der sozialdemokratischen Partei — und nicht das Interesse der Arbeiter. Die Haltung unserer Kollegen erklärt sich daraus von selbst. Wir sind es uns und unserer Ehre schuldig, uns prinzipiell nicht zu blinden Nachläufern der Genossen mißbrauchen zu lassen. Dementsprechend gab Kollege Krätsch in den Betriebsversammlungen der Arbeiter der „Union“ schon am 20. und 21. März folgende Erklärung ab:

„Falls die Maschinisten, Heizer, Kranführer usw. des Eisen- und Stahlwerks „Union“ wegen der eingereichten Forderung auf 15prozentige Lohnerhöhung in Streik eintreten sollten, werden die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes weiterarbeiten. Der christliche Metallarbeiterverband stellt es dazu auch seinen Mitgliedern frei, die verlassenen Arbeitsplätze zu besetzen.“

Eine andere Stellungnahme ist unsererseits gegenüber den terroristischen Bestrebungen der Genossen nicht möglich. Wir lassen uns zu sozialdemokratischen Gesichtern nicht mißbrauchen — um so weniger, weil sie mit den wahren Interessen des Arbeitersstandes nicht vereinbar sind. Die roten Unkenrufe wie „Streikbrecher“, „Gesindel“, „Schuft“ &c. berühren uns nicht — wir wissen, was wir den Interessen unseres Standes, unserer Ehre und unserer Freiheit schuldig sind. Keine Solidarität ohne Miteinstimmung ist!

Chemnitz. Nachdem am 8. März von den etwa 2000 Formern und Gießereiarbeitern zirka 2650 die Arbeit niedergelegt hatten, war der Chemnitzer Maschinenindustrie der Kern, den Betrieb angelöst weiterzuführen, unterbunden. Am 20. März wurden daher auch 50 Prozent der übrigen Arbeiter entlassen. Von den etwa 30 000 Chemnitzer Metallarbeitern stehen zur Zeit gegen 13 000 außerhalb der Betriebe. Das Charakteristische an der Bewegung ist, daß der rote Metallarbeiterverband sich heute vollständig in die Abwehrstellung gedrängt sieht. Es konnte, nachdem der Vorstand des Bezirksvorstandes der Industriellen sein Gespräch um Unterhandlungen zwecklos gelassen hatte und man den daraus hin gewählten Betriebskommissionen befehligte, daß die einzelnen Firmen nicht kompetent seien über die eingereichten Forderungen zu verhandeln, gar nicht anders, als den letzten Schritt unternehmen. Das bei der Bewegung nun zu verhüten, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes aus den Betrieben entlassen

werden, wurde a la Pforzheim die Parole ausgegeben, die Verbandszugehörigkeit zu verleugnen. Zu den grossen Versprechungen der Sorten, die der Bezirksleiter Saar-Dresden und Genossen sich leisteten, paßt diese Taktik der Abwehrkunst in keiner Weise. Aber in Pforzheim handelt man ja auch so. Unsere Mitglieder beschlossen dagegen, ihre Mitgliedschaft offen zu betonen. Daß die örtliche rote Presse die „Volksstimme“, den Metallarbeiterverbands größten als Sprachrohr dient und heftige Aussäße auf unsern Verband gerichtet werden, sei nur nebenbei bemerkt. Unser Verband gewinnt ständig an Ansehen. Zwischen Redung der Kosten, die durch die Unterstützung der großen Zahl der Neubietretenden dem Verbande erwachsen, wurde die Erhöhung des Extrabeitrages um weitere 10 Pfennig pro Woche beschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung unseres Verbandes am 22. März wurde nach einem Referat über das Thema: „Die Vorteile der christlich-nationalen Gewerkschaften im Emancipationskampf der Lohnarbeiterchaft“, folgende Resolution angenommen:

„Die im „Preußischen Hof“ tagende, von der Chemnitzer Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes einberufene öffentliche Versammlung sieht in der auf den radikalen Sturz der geistigen und materiellen Gegensatz-Kulturstellung gerichteten Agitation der sozialdemokratischen Organisationen die Ursache, weshalb Regierungen, Behörden, Religionsgemeinschaften, die gebildeten Kreise und der Mittelstand sich zu einer, die Arbeiterinteressen in höchstem Maße schädigenden Abwehrstellung genötigt fühlen. Durch diese Unstiragitation wird die Position der Scharfmacher im Unternehmerlager gestärkt und deren Maßnahmen gegen die berechtigten Arbeitersforderungen moralisch gerechtfertigt. So lange die so genannten freien Gewerkschaften sich nicht entschließen, die wissenschaftlich überlebten sozialdemokratischen Wartelehren zum alten Eisen zu verstoßen, so lange werden auch die größten Dächer der Arbeiter hinsichtlich Beitragszahlung, Unterstützungsverzicht deshalb ohne jeden nennenswerten Erfolg bleiben, weil die Unternehmer, gestützt auf die Sympathie der bürgerlichen Welt, zu immer wuchtigeren Gegenmaßnahmen ausholen dürfen. Das einzige, was durch die sozialdemokratische Kampftaktik erreicht wird, ist, daß unsere Exportindustrie, die sich unter schweren Opfern ein wertvolles Absatzgebiet im Auslande errungen hat, zum Schaden der deutschen Arbeiter selbst aus dieser Position verdrängt wird. Die christlich-nationalen Arbeiterschaft Deutschlands stellt sich daher im Gegensatz zur Sozialdemokratie auf den Boden der Gegenwartsordnung und bekennt, unterstützt von der Sympathie aller rechtlich denkenden Kreise, mit bestem Erfolg die den Arbeitersstand und unsere heutige Ordnung bedrohenden Auswüchse des Kapitalismus. Die Versammlung appelliert an alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie, die sich noch ein gesundes Urteil bewahrt haben, sich dem bald 350 000 Mitglieder zählenden, auf religiös und politisch neutralen Boden stehenden Kampfverein der christlichen Gewerkschaften Deutschlands anzuschließen und so erfolgreich mitzuwirken an dem Kulturaufstieg der deutschen Arbeiterschaft und des gesamten deutschen Volkes.“

* * *
Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch mit per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutragen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Sindern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff ist Buzug von Metalldrückern, Schleifern und Klemmern fern zu halten.

Dortmund. Die Arbeiter der Zinkhütte stehen behufs Aenderung des Prozentenstuhls im Streik.

Ilzenburg a. S. Hier stehen die Walzwerksarbeiter infolge erheblicher Akkord- und Lohnerhöhung in einer Bewegung. Buzug ist fernzuhalten, ganz besonders werden die Kollegen aus dem Hagener Bezirk erwartet, keins Arbeitsverträge mit obengenannten Hütte einzugehen, bevor sie sich bei unserer Bezirksleitung über die Verhältnisse informiert haben.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Formen gesperrt.

Düsseldorf-Beurath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt.

Schloss-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Teuge) sind Differenzen ausgebrochen, wegen Kündigung zweier Kollegen. Buzug von Betriebschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Gefauntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. April 1911 der vierzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. April 1911 fällig.

Die Zahlkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik ist sofort abzufinden. Spätestens soll dieselbe am 4. Tage nach Quartalschluss auf der Zentrale eintreffen. Jede gewissenhafte Ortsverwaltung sorgt für pünktliche Einlieferung. — Wo keine Zahlkarte vorhanden, ist dies sofort zweds Buzung der Zentrale zu melden.

Die Ortsgruppe Chemnitz erhält ab 26. März die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Extrabeitrages von wöchentlich 10 Pf. zu dem bereits be-

stehenden, also insgesamt 20 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gevelsberg-Schwellen Verwaltungsstelle.

Die Auszahlung der Unterstützungen geschieht ab 1. April folgendermaßen. Des Samstags vormittags von 10 bis 12 Uhr auf dem Büro in Gevelsberg, Jahnstraße 1. Des Samstags nachmittags in Schwelm bei Eigen, Bahnhofstraße von halb 2 bis halb 3 Uhr, in Wülfrath bei Ed. Rosendahl, Börderstr. von 3—4 Uhr und in Altenvoerde bei E. Leeser am Brück von halb 5 bis 5 Uhr. — Krankmeldungen müssen innerhalb 3 Tagen schriftlich mit Angabe der Buch-Nr. oder mündlich, bei Arbeitslosigkeit sofort unter Vorlegung der Invalidenkarte und des Mitgliedsbuches nur auf dem Büro erfolgen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren. Alle Geldsendungen sind von jetzt ab mittels Zahlfakte unserm Postscheckkonto, Kontonummer 10433, bei dem Postscheckamt in Köln zu überweisen.

Aus dem Verbandegebiet.

Der Deutsche Metallarbeiter

wird demnächst in neuem Geiste erscheinen. Das Format unseres Organs wird bedeutend vergrößert; Hand in Hand damit soll auch der Inhalt den Wünschen unserer Verbandsmitglieder entsprechend erweitert und ausgebaut werden. Zunächst werden von nun ab in freier Folge auch belehrende Artikel über jüdliche, technische und hygienische Fragen bei Metall- und chemischen Industrie die Aufnahme finden. Dann aber auch soll der Ritterbeit unserer brausen tätigen Kollegen ein breiterer Raum zur Verfügung gestellt werden. Den einzelnen Berufen und Sparten unserer weit ausgedehnten Industrie bietet sich damit Gelegenheit, die sie speziell betreffenden Fragen im Verbandsorgan regelmäßig zu besprechen und zu vertreten. Die Neuerung ermöglicht uns dann endlich auch, einen langgehegten Wunsch unserer Kollegen zu erfüllen und fortan ein aufgeschaltetes Organ zu liefern. Soerst wird unser Organ in der neuen Gestalt je nach Bedarf und Stoffangehang in einem Umfang von 4 bis 8 Seiten großen Formats erscheinen. Der Inhalt von 11 Seiten des bisherigen Formats wird demjenigen von 8 Seiten des neuen entsprechen, weshalb die Herausgabe von z. B. 11 in 8 S. Seiten großen Formats vorerst nicht unzumutbar erscheint — mit der weiteren Erfahrung unseres Verbandes werden wir jedoch unser Organ mehr und mehr darin ausbauen.

Verlag und Veröffentlichungen

Mülhausen i. G. Zu großer Zahl haben sich die Arbeiter der Maschinenfabrik Schulz in Mülhausen dem freisinnigen Metallarbeiterverband in den letzten Monaten eingeschlossen und zeigen hierdurch, daß sie mit Handlegen wollen, um ihre und die Lage der gesamten Metallarbeiterchaft des Oberelsäß zu verbessern. Die Löhne der Arbeiter des obengenannten Betriebes sind, wie die Löhne so mancher Arbeiter in den elsißischen Maschinenfabriken, sehr barbeckerungsbedürftig. Der Durchschnittslohn für Dreher und Schlosser beträgt 3,75 Rl., darunter sind Löhne von 2,80 und 3,20 Rl. Der Höchstlohn beträgt 4,— und 4,40 Rl. Der Durchschnittslohn für Hobler, Maschinenarbeiter, beträgt 3,31 Rl., darunter Löhne von 2,80 Rl., 3,— Rl. und 3,20 Rl. Höchstlohn 3,60 und 4,— Rl.

4.— Wort.
Am 10. März fand eine Betriebskärrerversammlung für die Arbeiter der Firma Schulz statt, zu welcher Bezirksleiter und Väter einzuladen war. Nachdem dieser einen Bericht über „Pflichten und Rechte der Mitglieder des Verbandes“ gehalten hatte, fand eine eingehende Beratung der Arbeits- und Sozialverhältnisse statt. Einstimmig wurde der Bevollmächtigte gewählt, der darum in Form einer Einlage die Fortbewegungen und Sünden der Arbeiterschaft zu unterbreiten, was nun auch bereits geschehen ist. Jetzt heißt es für die Arbeiter der Firma Schulz, treu zur Organisation zu stehen, bis sonst Fernstehenden noch zu gewinnen, dann wird der Friede wieder aufzuhüften.

Württemberg steht vorwärts hat sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hierfür entwidelt. Der „Arme Punkt“ von Bothmeyers Studien, jetzt Groß genannt, ist so groß der Beijahung des christlichen Metallarbeiterverbandes und seiner Führer und Nachwurfernung der Sozialisten bei Sozialbewegungen, sein Verband den Erfolg gezeigt. Am 31. Dezember 1909 zählte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Saarland 622 Mitglieder, am 31. Dezember 1910 waren es nur noch 578. Also eine Abschöpfung von 44 Mitgliedern, gleich ungenügend? Fragt der christliche Metallarbeiterverband vor hier dagegen seine Mitgliederzahl seit dem 1. Oktober 1910 bis 1. März 1911 mehr als verdoppelt, durch eine reichen Sollition und profitablen Arbeit, die er im Saarland geleistet hat — Sozialisch geprägte Metallarbeiter der Pfalz sind, sei zu hohen Preisen!

Sollte die Berg- und Metallarbeiter-Friedung) zu
der am 2. Januar hier abgehaltene Berg- und
Metallarbeiter-Abstimmung durch 30 Deputirte
des Gewerkschaftsverbandes Bergarbeiter Deutsch-
land und des Deutschen Metallarbeiterverbands erzie-
gen, sofern die Abstimmungsergebnisse nach
den vorherigen als einheitlich gelten. Der Abstimmungser-
gebnis des Gewerkschaftsverbandes Bergarbeiter Deutsch-
land ist hier keine Sorge über die Einzelheiten des
Von der Deutschen Gewerkschaften durch Erwerb erwor-
ben, soß der einheitliche Zug der Berg- und Metall-
arbeiter aus dem Gewerkschaftsverbande getan werden

cf. 40; 50 und 70 M. monatlich herab. Zu Anfang des Jahres 1910 folgten Feierschichten auf Feierschichten, die in schmalen Verdienst noch mehr herabsetzten. Trotzdem wurden tausende von ausländischen Arbeitern in den „nationalen“ Gruben- und Hüttenbetrieben weiterbeschäftigt. Zum allgemeinen stellt sich der Lohn der Bergarbeiter in Oberschlesien auf 300—400 M. niedriger als im Dortmunder Bezirk.

Die Lage der Metallarbeiter ist vergleichsweise noch leichter. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber ren anzuerlernen, wenn sie nicht dazu benutzt würden, dem Arbeiter die Abhängigkeit fühlen zu lassen, wie das in besonders krassem Maße in Rossdorfhoppiniß geigte. Die Unterstützungsstellen werden zumal nur aus den Strafgeltern der Arbeiter gespeist. Enso bedürfen die Pensionärsfassen bringend staatlicher Kontrolle und Reform, damit die Arbeiter nicht länger durch willkürliche Entlassung um ihre Pensionsansprüche und ihre eingezahlten Beiträge gebracht werden können. Heute dienen sie vielfach ihrem Hauptzweck dazu, die Arbeiter in Abhängigkeit zu halten, um ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen dictieren zu können, da ja immer der eventl. Verlust der Pension den Arbeiter an das Werk setzt. Die Knappmachtsältesten- und Sicherheitsmännerwahlen vollziehen sich häufig noch nach dem Kommando der Werksleitungen. Da werden im zu Vertrauenskameraden. Leute gewählt, die alles bere eher sind — als Arbeiter. Die Behandlung der Berg- und Hüttenarbeiter läßt vielfach noch sehr zu wünschen übrig. Die Prügelstrafe, die doch aus den Gefängnissen schon längst verschwunden ist, will hier immer noch nicht verschwinden. Auch die Behandlung der christlichen Gewerkschafter in Oberschlesien läßt viel zu wünschen übrig. So ist es vorgekommen, daß die Genehmigung zur Verteilung von Flugblättern rundweg verweigert wurde. Enso wurde die Einreichung von Statuten und Verzeichnissen von Vorstandsmitgliedern verlangt, ob-

ch nach dem Vereinsgesetz Gewerkschaftsversammlungen
angemeldet zu werden brauchen. Da aber die Wirte
durch vor der Behörde, welche die Konzession mit
einem Schwerte befreien kann und auch sonst große
Macht über die geplagten Gastwirte besitzt, sich weigern,
Säle herzugeben, wenn ihre Versammlungen nicht
zeitlich angemeldet sind, so ist man zur Annahme
gezwungen. In vier Fällen hat die Behörde die Ge-
schäftigung nicht erteilt. Am schlimmsten liegen
Verhältnisse da, wo die behördlichen Besichtigungen von
amten der Großindustrie ausgeübt werden.
Ich sonst ist es eine Kunst, Säle zu bekommen, eben
so wie sie von den Witten aus durch die Polizei zu miss-
en, verweigert werden. Da heißt es dann, obgleich
Wirte doch auf die Arbeiter angewiesen sind: Für
Gitterversammlungen kann ich meinen Saal nicht her-
rufen, ich möchte es ja gern, aber ich kann nicht, ich habe
keine Schuld daran, Sie wissen ja, wie die Verhältnisse
sind usw. Trotzdem schreitet unsere Bewegung vorwärts.
Zählen die christlichen Gewerkschaften in Schlesien an
800 Mitglieder. Auch in Oberösterreich geht es, wenn-
ach langsam, doch ständig voran. Im abgelaufenen
Jahr wurden 201 Versammlungen abgehalten. Auch der
christliche Metallarbeiterverband nimmt an Mitgliederzahl
Einnahmen ständig zu. Die Unterstützungen konnten
nicht mehr werden. Aber nicht nur die Bevölkerung um
die „Ruhe“ besorgte Behörde arbeitet uns entgegen. Die
christliche Berufsbereinigung ließ sich bis zu Versamm-
lungssprengungen hinsetzen.
Die „Gemeinde“ arbeiten hier am Rande mit dem

Die „Genossen“ arbeiten hier im Osten mit den
selben Verdächtigungen wie im Westen. Den Schaden davon
seien schließlich alle Verbände. Trotzdem gibt es schon
100 organisierte Bergarbeiter und etwa 6000 organisierte
Metallarbeiter. Abgesehen der Organisation
sind über noch etwa 111 000 Bergarbeiter und 80 000
z. 90 000 Metallarbeiter. Die örtlichen Ge-
schäfte sind begründet worden, um auf dem Boden
bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung die Ju-
ssen der Arbeiterschaft voran zu fördern. Trotz der
größten Gegenreih der Genossen brachten es die
örtlichen Verbände auf 350 000 Mitglieder und ein Ver-
gn von über 6 Millionen Mark. Und wir marschieren
nur! — Zum Ausbau der Lokalasse wurde beschlossen,
Aufnahme von neuen Mitgliedern 10 % mehr zu
leben. Es werden soziale Feste abgehalten und Kon-
kurrenz veranpaltet werden, um die Mitglieder und Bet-
riebsangehörige zu schulen. Und dann wird's trotz aller
Hindernisse auch hier mit unserer Bewegung vor-
aus gehen. Hindernisse sind da, um überwunden zu
sein!

M.-Gladbach. Für Donnerstag den 9. März hatte vereinigte Betriebsverwaltung im Lokale Herk am Hout eine öffentliche Protestversammlung einzuberufen, die sehr gut aufgeht war. Dieselbe war einzuberufen worden, wie der Kollege Kreß in der Eröffnungsansprache mitteilte, um ein das Verhalten des Herrn Konkorts Protest einzulegen, welcher 3 Kollegen unseres Verbundes entlassen wollte, weil er nicht einsehen könne, warum die Leute Verbündete seien. Ferner wies Kollege Kreß darauf, daß es heute innerhalb 10 Jahren zum dritten Mal notwendig sei, sich mit der Stellung der Firma Konkort, Reichshofenfabrik und Eisengießerei, hier selbst, Gewerkschaften gegenüber zu befassen. Zuvor bei Begründung des christlichen Metallarbeiterverbandes Herr Konkort ist noch als Gegner desselben gezeigt worden, welche Arbeiter vor dem Betriebe gewarnt. Auch habe Herr Konkort die Arbeitgeber der Reichshofenbranche im Industriekreis begürt M.-Gladbach zu veranlassen gesucht, keinen Standpunkt anzunehmen, was auch im Anfang

stallarbeiterverbande anzuschließen. Die Arbeiter erfüllen ihre Pflichten, sie verlangen auch ihre Rechte, auch das Recht, sich zu organisieren. Hoffentlich werden alle Arbeiter der Firma Monforts von diesem Rechte Gebrauch machen.

Der Bezirksleiter, Kollege Schmitz aus Köln, nahm hierauf das Wort, um über das Koalitionsrecht der Arbeiter, eine allgemeinen zu sprechen. Der Organisationsgedanke habe im Laufe der Jahre beratige Fortschritte gemacht, daß es heutzutage als selbstverständlich gelte, organisiert zu sein. Seitens mancher Arbeitgeber werde allerdings ein steter Kampf geführt gegen die christlichen Gewerkschaften, indem man vollständig verkenne, welche Ursachen vorhanden seien für die Arbeiterbewegung. Seit 30 Jahren habe sich doch eine vollständige Umwidlung auf wirtschaftlichem Gebiete in unserem deutschen Vaterlande vollzogen. Zwei Drittel der Bevölkerung finden in Industrie, Handel und Gewerbe ihren Lebensunterhalt. Das riesenheer der abhängigen Lohnarbeiter wolle in den Gewerkschaften ein Wort mitreden hinsichtlich seiner materiellen Lage, wie es in der Gewerbeordnung gesetzlich gewährleistet sei. Freilich genügen diese gesetzlichen Bestimmungen noch nicht vollständig, weshalb an die gesetzgebenden Faktoren appell zu richten sei, diese Bestimmungen zu verbessern, so daß sie die Arbeiter befriedigen. Wir haben nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht, uns zu organisieren. Im M.-Gladbacher Industriegebiet seien heute über 1000 Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen, welche von ihrem gewährleisteten Rechte Gebrauch gemacht haben. Der Kaiser selbst habe schon im Jahre 1889 das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren feierlich anerkannt. Er sagte, es sei naturgemäß, daß jeder Mensch versuche, sich möglichst günstige Lebensbedingungen zu verschaffen. Hier sollte man meinen, daß auch Herr Monforts in seiner Eigenschaft als Hauptmann der Garde Landwehr seinen obersten Kriegsherrn auf diesem Wege folgen würde und den Kampf gegen die Organi-

Der frühere Staatssekretär v. Posadowitsch sagte, kein vernünftiger Mensch werde es den deutschen Arbeitern verdenken, wenn sie ihre Bestrebungen darauf richten, sich zu organisieren, um ihre Lage zu verbessern. Warum stelle nun Herr Monforts sich der christlichen Organisation entgegen? Wille man lieber zusehen, bis eine revolutionäre Arbeiterbewegung sich breit mache? Redner schloß einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung an alle christlichen Arbeiter, sich vor niemand einschüchtern zu lassen, auch an die bei Herrn Monforts beschäftigten, sondern einzutreten in den christlichen Metallarbeiterverband, um so ein Bollwerk zu bilden gegen solche willkürlichen Angriffe auf die Arbeiterrechte. Denjenigen Maßregeln Kollegen werde selbstverständlich der Verband zur Seite stehen. Jeder Arbeiter müsse von dem Solidaritätsgedanken erfüllt sein. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich abfällig über das Verhalten des Herrn Monforts aus und tadelten dessen Vorgehen gegenüber einer Arbeiterin. Die Mitteilung des Kollegen Aretz, daß einem organisierten Kollegen, welcher sich augenblicklich im Krankenhouse befände, die Kündigung durch einen ingeschriebenen Brief zugestellt worden sei, rief eine wahre Entrüstung in der Versammlung hervor. Einstimmig wurde beschlossen, über die Gießerei des Herrn Monforts die Sperrre zu verhängen. Ebenso stand folgende Resolution einstimmige Auffnahme: „Die am 9. März im Lokale Heinrichs tagende, vom christlichen Metallarbeiterverbande unteruscne öffentliche Volksversammlung nimmt Kenntnis von dem Vorgehen des Herrn A. Monforts gegenüber allen in seinem Betriebe beschäftigten Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Versammlung erblieb in den erfolgten Maßregelungen der organisierten Arbeiter einen Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Die Versammlung erhebt gegen das Vorgehen der Firma einstündig Protest, da durch dasselbe das heiligste Dienstchen- und Staatsbürgertrecht der Arbeiter mit Füßen getreten wird. Die Versammelten appellieren erneut an die Gesetzgebung mit der Forderung um bessere Ausgestaltung der die Koalition betreffenden Gesetzesbestimmungen. Um den berechtigten Forderungen der Arbeiter mitzuhören Reden zu verschaffen, geloben die Versammelten, mit aller Kraften an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes arbeiten zu wollen.“

Christliche Metallarbeiter von M.-Gladbach! Zeit gäbe es nicht in die Reihen der Kämpfer einzutreten, damit auf hier einem jeden das Recht wird, sich der Organisation anzuschließen. Ein jeder von uns trage durch unermüdliche Werbearbeit dazu bei, daß alle christlich-gesinnten Metallarbeiter M.-Gladbachs recht bald als treue Kämpfer in unseren Reihen stehen. Also sei unsere Lösung: „Mit Gott und mit dem Heere“!

Krefeld. Angesichts der Tatsache, daß in neuerer Zeit auch die Frau immer mehr in den Strudel des Industrielebens hineingezogen wird, ist es auch mehr denn je zur Notwendigkeit geworden, die Frau für die Organisation zu interessieren. Aus diesen Erwägungen heraus rielt am 12. März die hiesige Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes eine Versammlung mit Frauen ab, in welcher Dr. Hoffmann aus Köln über die Notwendigkeit der Organisation referierte. Einleitend bat die Rednerin den Zuhörern einen Rückblick über den Verdagang der christlichen Gewerkschaften als Interessenvertretung des Arbeiterstandes, die stets mit Erfolg bemüht sind, regulierend auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzumischen. Weil ihre Forderungen in der christlichen Weltanschauung begründet sind, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche Klassenhaß und Klassegoismus in den Reihen ihrer Mitglieder schüren, kann sie mit Recht eine Kulturbewegung genannt werden. Sollten die „freien“ Gewerkschaften ihre Mitglieder im sozialdemokratischen Geiste erziehen, schalten die christlichen Gewerkschaften jede Parteipolitik aus und besaßen sich nur mit Ausgaben rein wirtschaftlicher Natur. Pflicht des Arbeiterstandes wäre es nun, die Bemühungen der christlichen Gewerkschaften nach Kräften zu unterstützen und auch die Frau darf nicht länger mehr gleichgültig zur Organisation gegenüber stehen, zumal sie als Mutter ein Interesse an der späteren Lebensgestaltung der Jugend hat, welche doch größtenteils von dem Erfolge der Gewerkschaftsarbeit abhängig ist. Rednerin erwähnte dann noch die Jungenfrage und sprach zu eifriger Agitation unter den Jugendlichen an. Zum Schluß riefen die Anwesenden

nahm sie die Anwesenden nochmals, beizeiten auf den Platz der Freunde zu hören, damit sie später nicht gezwungen würden, den Gegner zu folgen. Keicher Beifall bewies, daß man mit Interesse den Ausführungen gefolgt war. In der Diskussion gab der anwesende Beauftragter Schmid an Hand von Zahlen ein Bild von der gewaltigen Umwandlung, welche sich namentlich in den letzten Jahrzehnten auf wirtschaftlichen Gebiete vollzogen hätte und betonte, daß auch die Arbeiter ein Verdienst und somit ein Recht an den Errungenschaften auf wirtschaftlichem Gebiete hätten. Zum Schluß wußte Kollege Griesbach in zündenden Worten die Begeisterung der Versammlungen, namentlich der Frauen, für die Organisation nachzurufen.

In trauter Harmonie weilte man noch längere Zeit im gemütlichen Kreise; Gesang und Deslamationen trugen zur Verschönerung des Abends bei. Unsere Frauen werden sich nun in der Folge hoffentlich auch als eifrige und überzeugte Kämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung bewähren.

Eilenburg. Wir gaben in unserer Nr. 10 vom 11. März b. J. der Büschift eines Kollegen aus Eilenburg Raum, die sich mit Ausführungen des evangelischen Arbeitersekretärs Griesbach von Mühlhausen über die christlichen Gewerkschaften beschäftigten, die im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht unwiderrührbar blieben durften, da sie — wir zitierten nach einem Versammlungsbericht der „Eilenburger Neueste Nachrichten“ — tatsächliche Irrtümer enthielten. Kollege Griesbach bittet uns nur unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Eilenburger Korrespondenz um Aufnahme folgender Richtigstellung:

An die Schriftleitung des Deutschen Metallarbeiter. In Nr. 10 Ihres Blattes wird über eine Bekleidigung und Unwahrheit geschrieben, die ich mich in einer Versammlung des evangelischen Arbeitervereins in Eilenburg, gegen die christl. Gewerkschaften soll geleistet haben. Dazu habe ich folgendes richtig zu stellen: „Der von Ihnen heraustragende Satz ist so unvollständig, wie der ganze Beitrag, sonst würde darin enthalten sein, daß ich für die christlichen Gewerkschaften eingetreten bin und diese den Mitgliedern des evangelischen Arbeitervereins empfohlen habe. Zum Satz selbst: Die christlichen Gewerkschaften haben in ihren Entwicklungsjahren geglaubt, mit den freien Gewerkschaften bei Forderungen gleichen Schritts halten zu müssen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß christl. und freie Gewerkschaften, wenn sie in einer Lohnbewegung etwas gemeinsam unternahmen, zuletzt die in dieser Lohnbewegung vorgetretenen Fehler von den freien Gewerkschaften den Christlichen zugeschoben wurden. Von den Feierläufen habe ich nicht 18 sondern 8 gesagt. Darüber können Sie doch wohl am besten Auskunft geben. Wo ich nun meine „Weisheit“ hergeholt habe, will ich Ihnen nicht verraten, aber auf eins will ich aufmerksam machen, daß viele Herren, die die besten Forderer und Freunde unserer ganzen christl.-natl. Arbeiterbewegung sind, oft mit dem Vorworte der christlichen Gewerkschaften nicht einverstanden waren.

Wenn ich auf meinen Agitationsturen in den evgl. Arbeitervereinen oder außerhalb derselben, die christl. Gewerkschaften entfehlte, so höre ich oft: „Die christl. Gewerkschaften sind viel gefährlicher wie die sozialdemokratischen, unter dem Deckmantel des Christentums überblühten sie sich mit den freien Gewerkschaften. Um nun die christl. Gewerkschaften zu verteidigen, habe ich die Ihren auf unbefannte Weise geholte Weisheit verzapft.“

Dem Schreiber des Artikels, der gleich mit Bekleidungen und Unwahrheiten um sich wirkt, möchte ich als einer, der mit weniger Weisheit, nach Annahme desselben, überzeugt ist, doch empfehlen, wenn in einer Zeitung ein Bericht enthalten ist, in dem es sich um einen Arbeiterverein in der christl. Gewerkschaft handelt, diesen erst einmal fragen zu lassen, und nicht gleich in dieser Weise angehen, damit das Blatt nur die Sache richtig stellen kann, und ihm nicht die Mitarbeit in der christl. Gewerkschaft verleidet wird. E. Griesbach.“

Aus dieser Richtigstellung des Kollegen Griesbach ersehen wir, daß ihm eine Schädigung des Ansehens der christlichen Gewerkschaften entgegengesetzt hat, er im Gegenteil bemüht ist, bestehende Vorurteile gegen unsere Bewegung zu beseitigen. Den guten Willen erkennen wir voll und ganz an. Nun so mehr sind aber die in seiner obigen Richtigstellung widerkehrenden irrtigen Auffassungen zu bebauern. zunächst müssen wir betonen, daß die christlichen Gewerkschaften seit jeher den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber ihre Selbstständigkeit hochgehalten haben; auch haben sie nie Forderungen gestellt, um mit den „freien“ gleichen Schritt zu halten. Die christlichen Gewerkschaften legen im Interesse der Arbeiterschaft ihren Forderungen den Maßstab des jeweils Möglichen und Erreichbaren zugrunde. Ihnen kommt es ja nicht, wie der sozialdemokratischen Bewegung, auf die Erfüllung der Unzufriedenheit, sondern auf die Erringung positiver Erfolge für die Arbeiterschaft an. Dieses Prinzip haben die christlichen Gewerkschaften auch in ihren „Entwicklungsjahren“ nie verleugnet, auch dann und dort nicht, wo sie bei Lohn- und Tarifkämpfen mit sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgingen. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften uns dann alle Fehler anführen, die bei einer Bewegung vorgekommen sind, so ist es unserer Auffassung nach falsch, uns wegen Fehler vor der Daseinsfähigkeit zu entschuldigen, die wir nicht gemacht haben. Solchen Handlungen tritt man richtiger durch eine Auflärung der Leidenschaftlichkeit über den wahren Sachverhalt entgegen. Auch bezüglich der 2, nicht 8, zurückgetretenen Sekretäre unseres Verbandes scheint Kollege Griesbach falsch unterrichtet zu sein, denn von Draufgängern könnte in den angezogenen Fällen nicht die Rede sein. Wir wollen an dieser Stelle nur soviel sagen, daß unsere Anschauungen hier mit denen der evangelischen Arbeitervereine konform gehen: Am Funktionäre unseres Bewegung werden berechtigte Anforderungen gestellt und diese Anforderungen nicht nachkommen kann, oder es muß sich eben ein anderes Feld seiner Betätigung suchen, das ihm mehr zusagt.

Nichts neues sagt uns dann Kollege Griesbach, wenn er darauf hinweist, daß Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung „oft mit dem Vorzeichen der christlichen Gewerkschaften nicht einverstanden waren.“ Aber er mag doch ironisch eine Bewegung nennen, die es allen

„Freunden“ recht zu machen verstände. Man soll doch nie aus dem Auge verlieren, daß nicht „Freunde und Körner“, sondern die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer selbst die Verantwortung für ihr Tun undlassen zu tragen haben. Wer nichts tut, dessen Tun gibt auch zur Kritik keinen Anlaß. Wer nun aber gar das Wort nachspricht, die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer wie die sozialdemokratischen, dem steht es schlecht an, sich als „Freund“ der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufzuspielen. Es wird wenig helfen, solchen „Freunden“ zu sagen: „Ja, das war leider einmal so, aber da waren die Draufgänger schuld dran, die wir jetzt in die Wüste gejagt haben; jetzt soll's besser werden!“ Nein, es gilt diesen gutmeinenden Leuten mal herhaft den Stab zu stoßen über soziale Notwendigkeiten. Es gilt hier einmal zu zeigen, wo der Unterschied zwischen der christlich-nationalen Bewegung und der sozialdemokratischen liegt. Das ist unserer Ansicht nach der Weg, auf dem die Hemmnisse, die sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegenstellen, am ehesten überwunden werden dürften. Im übrigen betonen wir nochmals, daß wir die Schwierigkeiten, unter denen Kollege Griesbach zu arbeiten hat, voll und ganz anerkennen und sein Streben unserer Bewegung zu nützen, auch zu würdigen wissen.

Minden. Es gibt noch immer Leute, denen die christl. Arbeiterbewegung ein Dorn im Auge zu sein scheint. In früheren Jahren war das hier weniger zu beobachten. Seitdem jedoch unser Verband in hiesiger Gegend erstattete, glauben verschiedene Fabrikanten, mit ihrer Animosität gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr hinter dem Berg halten zu dürfen. Schon bei dem bloßen Worte Organisation und Verband geraten einige dieser Herren in Erfaßung. So fragte man erst neulich einen Arbeiter, als er bei einer Firma, deren Arbeitsverhältnisse an dieser Stelle verschiedentlich unsere Kritik herausforderten, um Arbeit antrug, ob er auch Mitglied des Verbandes sei. Als der Kollege dies bejahte, wies man ihn ohne weiteres unter Androhung einer Haftstrafenstrafe die Tür. Demgegenüber betonen wir mit aller Entschiedenheit, daß die fragliche Firma durchaus keine Ursache und Berechtigung hat, gegen unseren Verband in dieser gehässigen Weise vorzugehen. Es gibt Mittel und Wege, um gegebenenfalls auch diesen Herren zu zeigen, was ist und was nicht ist.

Bei einer weiteren Firma, Sch. u. Co., stehen die Feierlichkeiten in einer Tarifbewegung. Schon jahrelang haben die meisten der Kollegen mit völlig unzureichenden Löhnen zu rechnen; nicht allein das, auch die Akkordpreise erzielen sehr oft eine völlig willkürliche Festsetzung seitens der Firma. Nachdem in mehreren Versammlungen die Kollegen sich über ihr Vorzeichen einigten, wurden die Forderungen der Firma eingereicht. Diese stellte sich jedoch auf den Standpunkt, mit der gewählten Kommission nicht zu verhandeln, da dieselbe ja doch vom Verband bestimmt sei — und von diesem wolle sie nichts wissen. Wenn einzelne Freunde zu niedrig seien, möglicherweise jeder Feiermeister persönlich zu ihr kommen. Die Kollegen ließen sich jedoch durch diesen ablehnenden Bescheid in ihrer ebenso besonnenen, wie auch bestimmten Haltung nicht beirren, sondern gaben der Firma zu verstehen, daß sie auf ihrer Forderung mit aller Entschiedenheit beharren. Dadurch gelang es den Kollegen, die Firma von ihrem ablehnenden Standpunkt abzuwringen, so daß sie sich schließlich zu Verhandlungen bereit erklärte. Wenn auch das Ergebnis dieser inzwischen stattgefundenen Verhandlungen noch keiner völlig befriedigendes genannt werden kann, so wird das unsere Kollegen im Zeithalten an ihrer Sache nicht beitreten; es kann deshalb mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Bewegung mit einem schönen Erfolg für die Arbeiter beendet werden kann.

Im Sommer des vorigen Jahres hatten wir schon Gelegenheit, an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, daß man es in den hiesigen Fabrikentenzen nicht verhindern kann, mit schwierigen Listen die Sache der Arbeiter zu bekämpfen. Diese unsere Auffassung wird durch einen Vorschriften in den letzten Wochen erneut bestätigt. Ein Arbeiter mußte seine Ansprüche gegenüber der Firma D. vor dem Gewerkegericht geltend machen. Als er sich nun anstieß, sich anderweitig Arbeit zu suchen, erhielt er aus einer diesbezüglichen Anfrage bei einer Konkurrenzfirma die Antwort: „Wir können keine, die vor das Gewerbe getreten, nicht gebrauchen!“ Es ist wohl ohne weiteres anzunehmen, daß in diesem Falle eine gegenwärtige Verständigung a la schwarze Liste vorliegt. Dieser Vorfall in Verbindung mit den Ausschreibungen des Chars obengenannter Firma, daß er in dieser Sache nicht allein stehe, und daß, wenn er einen Arbeiter entlässe, dafür gesorgt sei, daß er in ganz Minden und Umgegend keine Arbeit mehr erhalten“ geben dem hier kursierenden Gerüchte, daß die hiesigen Fabrikanten einen Zwangsarbeitsnachweis errichten wollen, in etwa bestimmte Gestalt. Der nach uns geworrdene Mitteilungen verschiedentlich bei hiesigen Fabrikanten gesuchte Leiter des Herforder Zwangsarbeitsnachweises ist sicher nicht als harmloser Spaziergänger nach hier gekommen. Sollten sich die hiesigen Fabrikanten wirklich mit den Gedanken tragen, einen Zwangsarbeitsnachweis einzuführen, so sind wir jetzt schon gespannt, mit welchen Gründen sie eine solche Maßnahme rechtfertigen wollen, denn objektive Beurteiler der hiesigen Verhältnisse sind darin mit uns einig, daß selbst die im allgemeinen von den Unternehmern der Daseinsfähigkeit übermittelten Scheingründe zur Rechtfertigung eines solchen Instituts nicht vorliegen. In hiesigen Arbeiterskreisen ist man sich ohne weiteres darüber darüber, daß damit die treibenden Kräfte in hiesigen Fabrikantenkreisen nur ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation erblicken und daß sie glauben, auf diese Weise am besten möglichste Elemente in ihren Betrieben befreit zu können. Jedoch wird auch dieses Mittel die Position, die wir christlichen Metallarbeiterverband im hiesigen Bezirk sich erteilen, nicht erschüttern können. Dazu ist keine Grundlage zu fest und seine Wurzeln zu tief in die Kreise der hiesigen Arbeiter geborogen. Von den Kollegen unseres Verbandes glauben wir jetzt schon sagen zu können, daß sie auch durch diese Maßnahmen sich in ihrem freien Festhalten an unserer Sache nicht beirren lassen, sondern sie werden nun noch mehr wie bisher für die Stärkung und den Aufbau des Verbandes arbeiten. Über auch den bis heute immer noch abseits Stehenden wollen wir bei dieser Gelegenheit ins-

Gedächtnis rufen: Auch Eure Interessen stehen auf dem Spiele, nur allein durch die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes wird es möglich sein, auch in der Zukunft die Sache der hiesigen Arbeiter vor Schaden zu bewahren!

Twistingen. Infolge der bisherigen schlechten Organisationsergebnisse der Arbeiter bestehen hier am Orte und besonders bei der Firma Gebr. Meyer G. m. b. H. nicht besonders günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Namentlich läßt bei genannter Firma die Behandlung der Arbeiter viel zu wünschen übrig. Zur näheren Illustration der Verhältnisse lassen wir hier die Arbeitsordnung dieser Firma in genauem Wortlaut folgen.

Arbeitsordnung der Firma Gebrüder Meyer, G. m. b. H.

Die tägliche Arbeitszeit dauert 10 Stunden. Beginn und Ende derselben werden von der Firma festgesetzt. Der Arbeitslohn ist Stundenlohn und wird bis auf weiteres jeden ersten und fünfzehnten des Monats nach Feiertag oder Feiertag, so erfolgt die Lohnzahlung am folgenden Tage. Vorzüsse werden nicht gegeben. Die Firma zahlt denjenigen Arbeitern, welche ordnungsmäßig ihre Arbeit verrichtet haben, nicht ohne Kündigung die Arbeit verlassen haben und sich nicht an einem Streit beteiligt haben, an jedem ersten Oktober für jede bis dahin geleistete Arbeitsstunde 2 Pfennige als Gratifikation aus. Diese Gratifikation soll eine Belohnung dafür sein, daß der Arbeiter während der eitigen Zeit des Jahres treu zur Firma und ihren Interessen gestanden hat. Die Auszahlung dieser Gratifikation erfolgt auch dann, wenn die Firma einen Arbeiter entlassen hat, jedoch mit Ausnahme dann, wenn diese Entlassung auf Grund einer der nachfolgenden Ungehörigkeiten erfolgt ist.

Die Leitung des Betriebes geschieht von einer technisch gebildeten Person, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist. Öffenes Murren, Beleidigungen oder Widerrede, „alles besser wissen wollen“, berechtigen die Firma zur sofortigen Entlassung ohne Kündigung. Beim Zusätzkommen zur Arbeit wird der Betrag für die jeweilig verströmte Zeit in Abzug gebracht, mindestens jedoch 10 Pf. für jeden einzelnen Fall. Wer $\frac{1}{4}$ Tag fehlt, zahlt 10 Pf., wer $\frac{1}{2}$ Tag fehlt, zahlt 15 Pf., wer 1 Tag fehlt, zahlt 20 Pf. Strafe. Die Strafgelder werden nach Erreichen der Firma zu lediglich Zwecken (!) verwendet. Bei einer treitenden Krankheitssäule ist der Firma sofort entweder selbst oder durch einen Boten Nachricht zu geben. Tageslanges Fernbleiben von der Arbeit ohne triftigen Grund, insbesondere das sogen. „Blau machen“, berechtigen die Firma zu sofortiger Entlassung. Gleichfalls wird sofort entlassen, vor einer sozialdemokratischen Vereinigung oder Organisation angehört, vor sozialistischen Reden führt oder seine Mitarbeiter zu Widerreden aufreizt, auch vor angetrunken zur Arbeit kommt oder alkoholische Getränke, insbesondere Schnaps zur Arbeit mitbringt oder herbeischafft. Unterhaltungen während der Arbeit, besonders trunkselige Zusammentreffen sind strengstens untersagt. Werkzeuge werden von der Firma geliefert und im Arbeitsbuch aufgeführt.

Zur Erläuterung der oben besagten Belohnung sei noch gesagt, daß dieselbe nur dann ausgezahlt wird, wenn der Arbeiter auch wirklich bis zum 1. Oktober ordnungsmäßig seine Arbeiten verrichtet hat.

Die unterzeichneten erklären sich mit allen vorstehenden Bedingungen durch ihre eigenhändigen Unterschriften einverstanden und unterwerfen sich denselben.

Twistingen, den 22. Oktober 1910.

Es erübrigt sich, zu dieser „Muster-Arbeitsordnung“, nach welcher die Arbeiter sich in jeder Beziehung und ohne „irdes Murren“ dem Willen der Firma unterzuordnen haben, viel zu sagen; sie spricht für sich selbst. Nur auf einen Punkt wollen wir näher eingehen. Es ist vollständig überflüssig, daß die Firma in der „Arbeitsordnung“ ihre Arbeiter vor sozialistischen Untrüben warnt, die Twister Arbeiterchaft sieht viel zu stamm auf christlich-nationalen Boden und weiß jede sozialdemokratische Utopisterei weit von sich. Dahingegen müssen wir sagen, daß die von der Firma Gebr. Meyer aufgestellte Arbeitsordnung geeignet ist, Sozialdemokraten zu züchten. Wenn das bisher noch nicht gelang, so ist dies nur dem gesunkenen Sinn der Arbeiterschaft zuzuschreiben. — Den fortgesetzten Betrieb der Firma, ihren Arbeitern das gerechtliche gewährleistete Rechtsschutz ver zuwenden, haben dieselben damit beantwortet, daß sie geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten.

Kollegen von Twistingen! Nun ist es Eure Pflicht, an dem begonnenen Werke festzuhalten, dann werden auch die Folge nicht ausbleiben.

Nachen. „Wir müssen schlecht wie die Nacht sein!“ — so schrieb der Genosse Ahrens im April 1909 an seinen Freund Willkin in Aachen — wenn wir gegen die christlichen Gewerkschaften kämpfen. Diese Aufforderung wird von allen Ober- und Untergenossen im Aachener Bezirk getreu gehübt. Was hier an Lügen und Schlechtigkeiten gegen die christlichen Gewerkschaften geleistet wird, würde vielleicht an anderen Stellen die eigenen Genossen noch empören. Doch hier gilt bei den Genossen der Grundsatz: Schlecht, ja schlecht wie die Nacht muss unter Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften sein. Doch nun zur Sache. In der „Scheinischen Zeitung“ und neuerdings in der „Metallarbeiter-Zeitung“ sucht man uns zu begeieren, weil wir in letzter Zeit die Agitationspraktiken der Genossen im hiesigen „Volksteund“ etwas näher beleuchtet haben. Dann auch hat es den Genossen unseres Jahresbericht angetan. Derselbe soll lückenlos sein und an den hier aufgeführten Arbeits- und Sohdifferenzen sollen wir nur mit einem Zugeständnis beteiligt gewesen sein. Die Kollegen von Piedbouy, Pott, Braune usw. werden diese Lüge der Genossen selbst bewerten. Dann sollen wir uns über die Kündigung des Vertrauensmannes bei Rumpe und und über den Streit bei der Firma Karl Huhn & Co. nicht im Rahmen der Wahrheit gehalten haben. Was mit über die Angelegenheit Runden geschrieben, halten wir aufrecht, alles Gewinnes und Ableugnen kann nichts heißen. Würden bei Rumpe nicht einige Meister die Agitation für die Genossen betreiben, dann würde die Zahl der Genossen dort sehr zusammenbrechen. Von einem Streit bei der Firma Karl Huhn & Co. ist uns nichts bekannt, wodurch könnten wir auch nichts hierüber gejagt haben. Dann sollen wir nicht für ihre drei Wahl-

Arbeiter des Hüttenwerks eingetreten sein. Dieses ist eine direkte Unwahrheit. Die Kollegen des Hüttenwerks, und speziell die Walzwerksteher, werden sich hierzu ihren Vers machen. Wenn die Walzwerksteher nicht so waren für diese Leute einzutreten, so haben sich die Genossen dieses selbst zuschreiben, weil sie einen der Kollegen, der 1906 von auswärts als Streikbrecher auf dem Hüttenwerk eintrat, zum Vertrauensmann gemacht hatten!

Es wirkt direkt komisch, daß die Leute, welche Streikbrecher zu Vertrauensmännern ihrer Organisation erheben, uns Streikbruch lediglich des Zustandes der Schauer bei der Firma Waller Heise zu unterscheiden suchen. Neun Personen legten dort die Arbeit nieder, und wie die Genossen schreiben, „alles strenne Zentrumsschreiber“, und die müssen es ja wissen. Von den 9 Personen gehörten 2 unserem Verband an. Die Arbeitsniederlegung war ohne unser Wissen erfolgt. Wenn die Genossen kein Mitglied dabei hatten, weshalb bemüht sich der Beamte der Genossen dann um Mitbeilegung der Differenzen? — Doch nur, weil die Arbeitsniederlegung der Schauer folgen für die anderen Abteilungen haben konnte. Aus diesem und keinem anderen Grunde hat auch der Beamte des christlichen Verbandes mit eingegriffen. Die Bemerkung des Betriebsleiters, daß die Forderung, die unser Beamter und die Leute stellten, nicht gerecht sei, ist sehr naiv; er hätte ebenjogut sagen können, sie sei auch nicht sozialdemokratisch. Was die Genossen mit dem ganzen Geschwafel von Zentrumsschreibern und Streikbrechern bei der Firma Heise bezwecken wollen, ist zu durchsichtig. Unser Verband und dessen Mitglieder sollen als Streikbrecher gestempelt werden. Wir stellen nochmals fest, daß von unserem Verband kein Mitglied bei der Firma Heise die Arbeit aufgenommen hat. Oder können uns die Genossen ein Mitglied nehmen? Was Leute machen, die nicht unser Verband angehören, ist nicht unsere Sache. Auf jeden Fall werden wir unsere Reihen sauberer halten, wie die Genossen die ihren.

Alles Geschreibsel von den „unter Kuratel der Bischöfe stehenden“ christlichen Gewerkschaften ist Schwundel. In den Nächsten der Genossen muß es ganz wahr zugehen, sogar ihre Mitgliederversammlung vom 19. März mit folgende Tagesordnung auf: „Die Bevormundung der christlichen Gewerkschaften seitens der Bischöfe, Kaplanen und des Untertanenmutes“. Nach der Genossenschreibung soll es in den christlichen Gewerkschaften org. trüben. Dabei hatten wir im Aachener Bezirk im Jahre 1910 allein um 800 Mitglieder zugewonnen; die Genossen trotz aller Gesetz- und Kampfagitation nur um ganze 58 Mitglieder. Die Metallarbeiter des Aachener Bezirks glaubten den Genossen nicht, dafür sind ihnen die Genossen zu schlecht und ihr Geschreibsel zu dummkopf! Was die Genossen be- sätzlich Bielefeld schreiben, ist schon oftmals widerlegt worden. Was der Beamte Wolls damals tat, war seine Pflicht. Sollten uns die Genossen in der Alexanderstraße die Gerichtsstoffen erste vorstreden, dann wollen wir ihnen beweisen, daß wir für Bielefeld keine Streikbrecher auswohnen, sondern nur die Rechte unserer Mitglieder dort vertreten haben. Dieses werden wir auch in Zukunft machen, wenn an irgend einem Ort die Genossen unsere Verbündeten aus ihrer Arbeitsstelle verdrängen wollen. Für unsere Kollegen in Aachen muß es auch in diesem Jahre Aufgabe sein, unsere Sache noch besser wie im Jahre 1910 vorwärts zu bringen und wenn die „Noten“ in der Alexanderstraße vor Aeger „Schwarz wie die Nacht“ treiben.

Soziales.

Zehnter volkswirtschaftlicher Kursus in M.-Gladbach für den zehnten volkswirtschaftlichen Kursus, den der Volksverein für das katholische Deutschland in der Zeit vom 6. Juni bis 29. Juli an seiner Zentralstelle in M.-Gladbach veranstaltet, liegt jetzt das genaue Programm vor. Schalltafel werden folgende Vorträge:

1. Wirtschaftspolitik (6. bis 7. Juni): Grundzüge der Volkswirtschaft; Deutschland vor der Stadtgründung; Stadt und Staat des Mittelalters; Der absolute Staat und sein Wirtschaftsleben; Die liberale Wirtschafts- und Staatslehre; Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im Laufe des 19. Jahrhunderts; Stand der deutschen Volkswirtschaft nach der Versaillaisierung von 1907; Deutschland in der Weltwirtschaft.

2. Großindustrie und Sozialismus (19. bis 27. Juni): Sozialismus und industrieller Großbetrieb; Die verschiedenen Formen der Unternehmung, insbesondere die Aktiengesellschaft; Kartelle und Trusts; Die Elemente der Arbeiterrage; Der marxistische Sozialismus und der Kommunismus; Der Marxismus und das Sozialistische Programm; Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung; Der Kommunismus; Deutliche Organisation und Agitationsmethode der Sozialdemokratie; Das System der bürgerlichen Sozialreform.

3. Sozialhilfe und Selbsthilfe des Arbeitervandes (28. Juni bis 15. Juli): Die Arbeiterversicherung und ihre Reform; Der gesetzliche Arbeitsschutz; Die sozialdemokratischen und kirchlichen Gewerkschaften; Die christlichen Gewerkschaften; Arbeitgeberverbände und Streikverbot; Sozialrat und Einigungsbereichen; Die Frage der Arbeitslosenversicherung; Die katholischen Arbeiterschulen; Die Bildungsabteilungen im Arbeitervande, Organisation und Agitation in der christlichen Arbeiterschule; Die Fraueneinheit und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen.

4. Mittelfeldfragen (17. bis 27. Juli): Der gesetzliche und finanzielle Mittelfeld; Mittelfeld und Industriepolitik; Grundzüge des Agrarpolitik und der Agrarpolitik; Die Landarbeiterfrage.

5. Staatsbürgertliche Fragen (21. bis 28. Juli): Der Staat der Gegenwart und seine Verfassungsformen; deutsches Recht und Staatsverfassung; Die deutsche Parteipolitik; Das Strafrecht in Deutschland; Die Sozialversicherung und ihre Arbeitsergebnisse.

Anmeldungen sind möglichst vor Ostern, spätestens bis zum 30. April an das Volksverein-Laus (Direktor Dr. Braun) zu richten. Ein ausführlicher Prospekt, der u. a. auch die Verteilung der Vorträge auf die einzelnen Tage enthält, wird Interessenten gern zugetragen.

Briefkasten.

Für alle Kollegen zur Beachtung, die schriftlich mit der Hauptgeschäftsstelle verkehren. Die Klagen über nicht prompte Erledigung von Anfragen und Bestellungen seitens der Zentrale lehren immer wieder Verbesserungen sind ärgerlich sowohl für die Kollegen draußen im Lande wie auch für die auf der Hauptgeschäftsstelle tätigen Kollegen. Wer trägt nun aber die Schuld an diesem Nebstand und wie kann er behoben werden? Tagtäglich laufen Briefe und Postkarten auf der Hauptgeschäftsstelle ein, wo alle möglichen Anfragen, Wünsche, Bestellungen, Mitteilungen fürs Organ etc. an- und ineinandergereiht vorgetragen werden. Es ist einfach unmöglich, daß eine solche Korrespondenz prompt erledigt werden kann. Danach kommt eine Befehl fürs Organ, die aber, weil jeder diesbezügliche Hinweis fehlt, als Mitteilung an den Verbandsvorstand aufgefaßt und dementsprechend auch erledigt wird. Später kommen dann Reklamationen: „Warum erscheint unser Bericht denn nicht im Organ?“

Diese Unzuträglichkeiten können mit einem Schlag beseitigt werden, wenn die mit der Zentrale in schriftlichen Verkehr tretenden Kollegen folgendes beachten: Unsere Zentrale ist ein Großbetrieb mit Arbeitsteilung; jedem dort tätigen Kollegen ist eine besondere Abteilung von Geschäften zur Bearbeitung und Erledigung zugewiesen. Dem können unsere Kollegen im allgemeinen Interesse Rechnung tragen und ihre Befehle nach folgenden Richtlinien gestalten: Alle geschäftlichen Mitteilungen sind zu corrigieren: An die Hauptgeschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg, Seitenstraße 17. Die Mitteilungen, Anfragen, Bestellungen etc. enden nun auf besonderen Befehl — es brauchen nicht immer ganze Briefbogen, geschweige denn Doppelbogen für kurze Mitteilungen genommen werden — nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Verbandsvorsteher;
2. Hauptstelle;
3. Schriftleitung (Redaktion);
4. Unterstützungsstellen und Materialbestellungen;
5. sozialpolitische und sonstige Angelegenheiten.

Geben dieser Befehl soll seine Herkunft erkennen lassen (Ortsgruppenstempel, Unterschrift, Adresse). Außerdem sollen alle fürs Organ bestimmten Einwendungen nur auf einer Seite und nicht zu eng beschrieben sein, sonst wird ein rechtzeitiges Einschicken der Berichte in den meisten Fällen nicht möglich sein. Besonders auch ist auf richtiges Frankieren der Briefe Wert zu legen; Briefe über 200 Gramm Gewicht kosten 20 Pf. Porto. — Beachten unsere Kollegen nun allgemein die hier gegebenen Anweisungen, so werden sich in der Folge alle Schwierigkeiten und Reklamationen erübrigen: Die Klagen hören auf!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versamtet ohne trügerischen Grund keine Versammlung!

Bezirk Südbayern. Sonntag, den 2. April vormittags 10 Uhr findet in München im Lokal „Reichstadt“ Seminarstraße 11 1/2, unsere diesjährige Bezirksskonferenz statt.

Altenbergoede. Samstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Herrn E. Seeger, am Markt. Tagesordnung: 1. Unterhaltsam-Sabab-Abrechnung. 2. Vortrag, Die leichten Bewegungen in der Arbeiterschaft und der rote Terrorismus. 3. Verschlußrede.

Bochum. Sonntag, den 2. April 11 Uhr Versammlung der jüngeren Mitglieder im Gewerkschaftshaus.

Cleve. Sonntag den 2. April morgens 10 1/2 Uhr bei Paulskirche am großen Markt. Rügheimer-Versammlung mit Sohn.

Chemnitz. Sonntag den 2. April vorm. 11 Uhr Versammlung im „Brauner Hof“, Braunerstr. 13. Tagesordnung: Die Ausprägung des Metallarbeiter und unsere Einstellungnahme hierzu. Unorganisierte Kollegen mitbringen.

Datteln-Wedinghausen. Versammlung Sonntag den 9. April 11 Uhr bei Witt Seeger in Wedinghausen.

Danzig. Sonntag, den 2. April nachmittags 2 Uhr Mitgliederversammlung im St. Josephshaus, Söderstrasse.

Danzig-Zugfahrt. Donnerstag, den 6. April abends 8 Uhr Sohnmeister-Versammlung in der „Flora“ Hauptstr. 83.

Danzig-Schmidts. Freitag, den 7. April abends 8 Uhr Schmidtsversammlung bei Seeger, Lachauerstr.

Danzig-Cliva. Sonntag, den 9. April, nachm. 2 Uhr in Clivestadt Hotel. Zellendorf-Versammlung.

Danzig-Chra. Freitag, den 24. April, abends 8 Uhr Sohnmeister-Versammlung im Cafe „Wöhrl“ früher „Freundschaftlicher Garten.“

Danzig-Jugendabteilung. Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr im St. Josephshaus. — Vortrag in allen Bezirksvereinen Kollege Schramm.

Dortmund-Dorfried. Sonntag, den 1. April abends 6 Uhr Versammlung bei Sturm.

Dortmund I. Sonntag, den 1. April abends 9 Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Dortmund-Westhau. Sonntag, den 2. April nachm.

4 Uhr Versammlung bei Sturm.

Duisburg-Bruckhausen. Sonntag, den 2. April, nachm.

1 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Reinhardt.

Duisburg. Sonntag, den 2. April nachmittags 2 1/2 Uhr im Hotel Zimmer, Kaiserstr. 2, Kettwangen-Münsterstr. für die Kettwangen Saar, Seidenstr., Leib, Fabrik, Brückhausen und Düsseldorf. An dieser Sitzung können auch einige Mitglieder teilnehmen.

Duisburg-Hamborn. Sonntag, den 9. April, abends 8 Uhr Versammlung im Hotel zum Bahnhof.

Düsseldorf-Burkhard. Samstag, den 8. April, abends 9 Uhr bei Lampenherz.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 9. April, vormitt.

11 Uhr Versammlung bei Eiser, Gumbertstraße.

Düsseldorf-Oberkassel. Sonntag, den 9. April vormitt.

11 Uhr Versammlung bei Bösen, Luegallee.

Düsseldorf. Sonntag, den 2. April, nachmittags 4 Uhr Versammlung im Lokal zum Bahnhof. Vortrag des Kollegen Roth.

Düsseldorf. Sonntag, den 9. April abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Hotel zum Bahnhof.

Eisenach. Samstag, den 8. April abends 8 1/2 Uhr Versammlung in der Clemda.

Eisen-Holzhausen. Sonntag, den 2. April, morgen.

11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Restaurant Vogel Buchenholzstrasse.

Eisen-Borbeck-Schönebeck. Sonntag, den 2. April abends 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Möllhof, Germanniaplatz.

Eisen-Pottrop. Sonntag, den 2. April nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Kroemann.

Hürth. Sonntag, den 9. April nachmittags 2 Uhr bei Marten, früher Karr, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 2. April, vormitt.

11 Uhr Versammlung bei Eigner.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 2. April, vormitt.

11 Uhr Versammlung bei Orten.

Hamburg. Die Wohnung des Vorsitzenden befindet sich nicht mehr Dalst. 24 1/2, sondern Hamburg-Eimsbüttel Ophagen Nr. 12.

Hagen. Sonntag, den 2. April, vorm. 11 Uhr Branchenversammlung für die Druckzieher bei Eichhoff. — Radni. 5 Uhr Branchenversammlung für die Formen und Giehereiwerke.

Ilsenburg a. S. Sonntag, den 2. April nachmittags 3 Uhr Versammlung im weißen Ross. Unorganisierte mitbringen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Karlsruhe. Samstag, den 8. April, abends 1/29 Uhr Mitgliederversammlung im Palmoarten, Herrenstraße 34 a. — Vorher Vorstandss- und Vertrauensmännerversammlung.

Konstanz. Samstag, den 8. April abends 1/29 Uhr Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftslokal „Gasthaus Steinbad“. An dieses Lokal mögen sich interessante Vertreter auswählen und wegen Nachfrage wenden.

Kreisld. Freitag, reitag Abend zwischen 1/29—1/10 Uhr Geschäftsstunde in der Reichshalle

Lüdenscheid. Samstag den 1. April Versammlung bei Diemer. — Bericht über die Bezirksskonferenz zu Hagen.

Mannheim-Nekker. Samstag, den 1. April, abends 1/29 Uhr Versammlung im Nekker.

Mannheim-Stadt. Samstag, den 26. April, abends 1/29 Uhr Versammlung im Bartherdöschhof R. 1. 5.

Mannheim-Käfertal. Samstag, den 22. April Versammlung im Engel.

Mannheim-Seckenheim. Sonntag, den 29. April nach-

2 Uhr Versammlung in der Kapelle.

Menden. Versammlung der Ortsverwaltung. 2. Bezirk: Sonntag,

2. April, vormittags 10 1/2 Uhr bei Bodenstein. 3. Bezirk: Son-

tag, den 2. April, vorm. 10 1/2 Uhr bei Witte Obercamp. 4. Be-

zirk: Sonntag, den 3. April vorm. 10 1/2 Uhr bei Küpper. Tages-

ordnung in allen Versammlungen: „Berichterstattung von der Bezirksskonferenz“.

Mülheim-Ruhr. Sonntag, den 9. April, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Müllingen, Kreis Reck. Sonntag, den 9. April nach-

mittags 1/5 Uhr Mitgliederversammlung bei Herm. Weingarten.

Speldorf-Broich. Samstag, den 1. April abends

1/29 Uhr gemeinsame Versammlung mit den Bauhandwerkern in Plettenberg.

Rehden-Gerdringen. Sonntag, den 9. April nachmittags

5 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Neustadt a. d. S. Der Unterrichtsdienst findet wie-

regelmäßig jeden Mittwoch statt. Keiner alle 14 Tagen. Mit-

gliederversammlung, die nächste Samstag den 1. April. Es

scheinen ist Pflicht.

Overhausen (Rhld). Sonntag, den 9. April, vormittags

11 Uhr im Lokale F. in der Beel, Königsstraße, große öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit Referat des Koll. Stegerwald-Rüh-

über: „Die Monopolbestrebungen der sozialdemokratischen Parteien.“

Pegnitz. Montag, den 3. April nach Arbeitsjahrz. Montags-

versamml